

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Aufendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Die nächste Arbeitslosenzählung ist Sonnabend, 30. Oktober; niemand darf sich dieser Pflicht entziehen!

Um den Arbeitsnachweis.

Im Kampfe zwischen gewerkschaftlicher Arbeiterorganisation und Unternehmertum spielt bekanntlich die Frage des Arbeitsnachweises eine große Rolle. Als die Arbeiterorganisation zu erstarken begann und das Unternehmertum mehr und mehr genötigt war, ernsthaft mit ihr zu rechnen, verfiel letzteres auf den Plan, den Arbeitsnachweis für sich zu monopolisieren, um mit ihm der Arbeiterorganisation und ihren Bestrebungen terroristisch entgegenzuwirken, die Arbeiter zu zwingen, sich der Organisation nicht anzuschließen oder sich von ihr abzuwenden, sich nicht an Streiks zu beteiligen, organisierte und sonst mißliebige Arbeiter in Verzug zu erklären und ihnen jede Beschäftigung in ihrem Berufe unmöglich zu machen.

Das erste Beispiel dieser Art gab im Jahre 1873 der „Norddeutsche Baugewerksverband“. Unter Quanspruchnahme des Arbeitsnachweises führte er, entgegen dem gesetzlichen Verbot, ein förmliches System der Kontrolle und der Berufszerklärung, der „schwarzen Listen“, ein.

Die organisierte Arbeiterschaft begegnete solchen terroristischen Praktiken des Unternehmers damit, daß sie gewerkschaftliche Arbeitsnachweise gründete oder den paritätischen Arbeitsnachweis erprobte.

Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte, während sowohl die Arbeiterorganisation wie die Unternehmerkoalition stetig erstarkte, nahm der Kampf um den Arbeitsnachweis erheblich an Schärfe zu. Ende der achtziger Jahre gründete die Hamburger Eisenindustrie den ersten obligatorischen Arbeitsnachweis der Unternehmer. Diese Gründung führte zu einem sehr heftigen Kampfe, den die Arbeiter leider nicht siegreich zu bestehen vermochten. Als Motiv schützten die Unternehmer „das Schreiben der Sozialdemokratie“ vor; sie fürchteten ihre Absicht, die organisierte Arbeiterschaft zu vergewaltigen, in eine „politische Machtfrage“ um.

Seitdem hat das Unternehmertum keine Ruhe gegeben. Überall, wo sich die gewerkschaftliche Organisation für seinen Profit bedrohlich entwickelte, da griff es zu dem terroristischen Mittel der planmäßigen Maßregelung der im Vorkampfe für die proletarischen Interessen stehenden Arbeiter, und wie das auch im Baugewerbe geschehen ist und weiter beabsichtigt wird, ist unsern Kollegen wohlbekannt.

Auch im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier ließ in den letzten Jahren der Kampf um den Arbeitsnachweis weder die Arbeiterschaft noch die Unternehmer zur Ruhe kommen. Hier wie anderwärts pochen letztere mit all der Rücksichtslosigkeit, deren sie fähig sind, auf ihr vorgebliches „ausschließliches Recht“, den Arbeitsnachweis zu organisieren und zu beherrschen.

Am 12. Oktober hat nun in Essen eine außerordentliche Hauptversammlung des Zechenverbandes beschlossen, einen zentralisierten Arbeitsnachweis für den ganzen rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau nach Hamburger Muster zu errichten.

Der Zechenverband ist vor etwa zwei Jahren als Fortsetzung einer Vereinigung von Bergwerksbesitzern aus der Zeit großer Bergarbeiterausstände zu dem Zweck gegründet worden, einen engeren Zusammenschluß der im rheinisch-westfälischen Bergbaubezirke

liegenden Bergwerke zur Wahrung gemeinsamer Interessen in Bergarbeiterfragen herbeizuführen. Dieser Verband führte die schwarzen Listen ein, die dann von Seiten der Arbeiterschaft und auch im Reichstage berechtigte verurteilende Kritik erfuhren.

Ueber Aufbau und Aufgabe des jetzt projektierten zentralisierten Arbeitsnachweises hat die „Köln. Zeitung“ folgendes mitgeteilt:

„Die Hauptstelle des Arbeitsnachweises wird in Essen errichtet. Sie unterfällt in einer größeren Anzahl von Orten wie Bochum, Dortmund, Gerne usw. Nachweisstellen. Diese Orte werden noch bestimmt und sollen so gewählt werden, daß die Arbeiter eines Bezirks die Stelle leicht erreichen können.“

Die Mitglieder sind verpflichtet, für die Einstellung von Arbeitern stets den Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Sie haben ihren Bedarf an Arbeitern dem Arbeitsnachweis anzugeben und dürfen die Arbeiter nur zur Arbeit annehmen, wenn dieselben im Besitze eines von der Nachweistelle ausgestellten gültigen „Arbeitsnachweis Scheines“ (§ 6) sich befinden. Arbeitnehmende, die sich unmittelbar an ein Werk wenden, sind an die zuständige Nachweistelle zu verweisen.

Es steht den Mitgliedern frei, selbst Arbeitskräfte aus dem Ausland heranzuziehen; die Mitglieder sind jedoch verpflichtet, der zuständigen Nachweistelle unter Angabe der Personalien und möglichst unter Vorlegung eines amtlichen Legitimationspapierses Kenntnis zu geben.

Die Nachweistellen haben von den Personen, welche auf einem dem Arbeitsnachweis angehängten Werte in Arbeit zu treten wünschen, auf persönliche oder schriftliche Meldung zu verlangen a) sofern sie von einem Verbandswort kommen, einen Nachweis über die ordnungsmäßige erfolgte Mündigung (Mündigungsschein) oder über die Lösung des Arbeitsverhältnisses, b) sofern sie nicht von einem Verbandswort kommen, ihren letzten Entlassungsschein und ihre Legitimation. Als Legitimation ist ein amtlich beglaubigtes Papier (Militärpaß, Meldeschein, Ausgutsattest, Geburtsregister) sowie ein Ausweis über ihre bisherigen Krankenlohnverhältnisse vorzulegen. Arbeiter unter 21 Jahren müssen außerdem ein Arbeitsbuch besitzen.

Auch über den Reineintritt des zugewiesenen Arbeiters und über den Kontraktbruch sind Bestimmungen getroffen worden. Wenn ein Arbeitsuchender eine Arbeit angenommen hat, sich aber innerhalb zweier Werktage nach Ablauf des für den Arbeitsantritt festgesetzten Termins ohne hinreichende Entschuldigung auf der Beche nicht einfindet, so erhält er in den nächstfolgenden zwei Wochen vom Arbeitsnachweis keine Arbeit nachgewiesen. Dasselbe folgt tritt ein, wenn ein Arbeiter unter Kontraktbruch die Beche verläßt oder infolge eines Kontraktbruchs von der Beche entlassen wird.“

Es handelt sich ganz offenkundig darum, dem Zechenverband eine uneingeschränkte Herrschaft über den Arbeitsmarkt im Ruhrkohlenbergbau zu verschaffen und ein terroristisches Kontroll- und Maßregelungsbureau für die gesamte Bergarbeiterchaft zu errichten. Diese Ansicht spricht auch die „Soziale Praxis“ nachdrücklich aus und sie fügt hinzu:

„Es gilt Etwas zu schaffen für das an seiner Monophtät gecheiterte System der „schwarzen Listen“, über das trotz der Beschönigungsversuche juristischer Gutachter an allen sozialpolitisch einschlägigen Stellen der Stab gebrochen und das auch im Reichstag schließlich von dem maßgebenden Regierungsbereiter — wenngleich sehr sanft — fallen gelassen worden war. Nachdem dieses Disziplinierungsmittel der schwarzen Listen infolge der scharfen Kritik vom Standpunkt der guten Sitten aus unanfechtbar geworden war und peinliche, lösspieltige Schadenersatzprozesse der sechs Monate lang ausgehungerten Arbeiter gegen den ausserordentlichen Zechenverband herausaufschwären drohte, war der gegebene Ausweg, auf den wir seinerzeit schon besorgt hingewiesen hatten, die Errichtung eines sogenannten „Arbeitgeber-Arbeitsnachweises“, der alles das, was sich schwarzen Listen doch nur teilweise und nicht unangefochten erreichen werden konnte, nun in vollkommener Weise bewirklichen soll.“

Die Vorstände sämtlicher Bergarbeiterorganisationen haben sich gleich nach Bekanntwerden dieses trivialen Projektes über ein gemeinsames Vorgehen im Interesse der bedrohten 330 000 Bergarbeiter des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers verständigt. Sie haben einstimmig beschlossen, an den Zechenverband eine Eingabe zu richten, worin die Aufhebung der Beschlüsse, betreffend die Einführung eines Zwangsarbeitsnachweises, gefordert wird. Ein weiterer Beschluß ging dahin, in Anbetracht der ersten Lage in Eingaben an das königliche Oberbergamt und an den Handelsminister deren Vermittlung anzurufen.

In dem Schreiben an den Zechenverband heißt es, der Arbeitsnachweis sei in der geplanten Form unannehmbar. Wolle man einen Arbeitsnachweis überhaupt errichten, so könne es nur ein paritätischer sein. In der Begründung dieses Protestes wird angeführt, den Bergleuten werde durch die im Plan befindliche Einrichtung das Recht der Freizügigkeit und der Bestimmung über ihre Arbeitskraft genommen. Auch sonst habe der Arbeitsnachweis in der vom Zechenverband beabsichtigten Form mancherlei Nachteile. Im Interesse des Friedens bitten die Arbeiterverbände dringend, entweder von der Einführung des Arbeitsnachweises mindestens in der vorliegenden Form Abstand zu nehmen, oder mit den Arbeiterorganisationen zur Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises in Verbindung zu treten.

Die Eingabe an den Minister führt aus:

„In der Praxis würde der einseitige Zwangsarbeitsnachweis für die Bergarbeiter viel schlimmen Schaden im Gefolge haben, als das bisher angewandte System der schwarzen Listen. Es ist daher begreiflich, daß sich der Bergarbeiter und der Bevölkerung im Ruhrgebiet eine große Aufregung bemächtigt hat. Die unterzeichneten Vorstände der Bergarbeiterorganisationen haben in einer Eingabe an den Zechenverband gebeten, von der Errichtung des Arbeitsnachweises in der geplanten Form abzusehen und eventuell einen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage zu errichten. Wenn der Zechenverband dem berechtigten Wunsch der Arbeiter nicht entspricht, so werden erzte Konflikte, die die schlimmsten Folgen für unsere Volkswirtschaft haben können, unvermeidlich sein. Wir bitten deshalb Eure Excellenz, im Interesse des wirtschaftlichen Friedens zugunsten der Arbeiter vermittelnd eingreifen zu wollen. Gleichzeitig bitten wir, die Bestrebungen auf Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise auch gesetzgeberisch unterstützen zu wollen und die Einführung von Tarifverträgen im Bergbau möglichst zu fördern; denn eine der Hauptursachen des vielfachen Belegschaftswechsels, dessen Einschränkung angeßlich die Einführung des Arbeitsnachweises bezwecken soll, würde durch die Einführung von Tarifverträgen fast völlig beseitigt.“

Natürlich hat sich der gesamten Bergarbeiterchaft eine außerordentliche Erregung bemächtigt. Sie werden, wenn diese Nummer unsres Blattes den Lesern zugeht, in zahlreichen Versammlungen Stellung genommen haben. Es handelt sich für sie tatsächlich darum, ein schamlos brutales Attentat der Grubenherren auf ihre Freizügigkeit und ihre Arbeitsvertragsfreiheit abzuwehren. Verbant der Zechenverband auf seinem Plan, so kommen die schlimmsten Folgen auf seinen Hals. Wir wie die gesamte Arbeiterschaft begleiten das Vorgehen der Bergleute gegen die drohende weitere Vergewaltigung mit inniger Sympathie und wünschen ihnen im Interesse der ganzen deutschen Arbeiterbewegung besten Erfolg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Internationale Vertiefung des Geldmarktes. — Aus der Kartellbewegung. — Starke Stellenwechsel auf dem Arbeitsmarkt.

Wer hätte geglaubt, daß das laufende Jahr noch eine internationale Geldberührung bringen würde? Wohl konnte man bei der Besserung des Kursniveaus der mobilsten Werte, bei den wieder zunehmenden Kapitalanprüchen von Industrie und Handel, bei den wachsenden Warenüberschüssen eine Abnahme des Geld- und Kapitalangebots während des diesjährigen Herbstes erwarten, aber daß schon in einem Jahre der Erholung die Rückschlüsse wieder so scharf ansetzen würden, das konnte nicht angenommen werden und muß als anormal bezeichnet werden. Die Wirkungen dieser ungewöhnlichen Erscheinung haben wir erst vor kurzem an dieser Stelle angebeutet: — sie bestehen vor allem darin, daß die Besserung auf dem Gebiete der Warenherstellung teilweise nach aufwärts zu freiben suchen, und daß weiter eine Aufbesserung der Löhne- und Arbeitsverhältnisse erschwert wird. Die meisten großen Zentralbanken haben in letzter Zeit ihren Diskont erhöht. Die Deutsche Reichsbank machte am 20. September mit einer Erhöhung von 3/4 auf 4 pSt. den Anfang. Daß die Bewegung international war, wurde dann besonders durch die Diskontsteigerung der Bank von England von 2 1/2 auf 3 pSt. deutlich, die am 7. Oktober eintrat. Das war aber nur das Vorbild: am 11. Oktober erhöhte die Deutsche Reichsbank den Satz auf 5, die Bank von England am 14. auf 4 pSt.; beide Banken setzten also ihren Diskont um ein volles Prozent hinauf. Der Stand der Diskontsätze bei den wichtigsten europäischen Zentralbanken zu Anfang des Monats September und Mitte Oktober ist folgender:

	Offizieller Diskontsatz in Prozenten.		
	Anfang September	Mitte Oktober	Verh. Abnahme
Deutschland	3 1/4	5	+ 1 1/2
Schweiz	3	4	+ 1
Oesterreich-Ungarn	4	4 1/2	+ 1/2
Belgien	3	3 1/2	+ 1/2
Frankreich	3	3	0
Italien	5	5	0
England	2 1/2	4	+ 1 1/2
Rußland	5	4 1/2	- 1/2

Man sieht aus dieser Zusammenstellung, daß von der Geldberührung Deutschland und England am schärfsten getroffen sind, daß Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien bis jetzt nicht genügend waren, zu erhöhen, weil sie entweder schon vorher vergleichsweise hohe Diskontsätze hatten oder infolge ihrer Veranlassung die Geldvorräte der Zentralbank besser schützen können, und daß endlich Rußland in dieser kritischen Zeit seinen Diskont nicht herabsetzen konnte. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Verknappung am Geldmarkt in ähnlich intensiver Weise eingetreten wie in England und Deutschland. Seit Anfang September bis Anfang Oktober haben die Deutsche Reichsbank 131,0, die Bank von England 100,0, die Bank von Frankreich 55,2, die Oesterreich-ungarische Bank 3,4 und die New Yorker Clearing-Banken 105,0 Millionen Mark Metall, hauptsächlich Gold, verloren. Obgleich wir in Deutschland vor Perioden mit hohen Diskontsätzen gewarnt sind, ist doch nichts Dürregefehrtes geschehen, und die in der freien Zirkulation vorhandenen großen Goldvorräte der Zentralbanken mehr als bisher auszureichen. Die Entwidlung des Scheidewerks ist schon im Keime durch die Art und Weise, wie man ihn eingeführt hat, so geschädigt worden, daß er nicht so bald den bisherigen Charakter zurückdrängen wird: der Postenscheidewerk ist umständlich und zu teuer, der Bankscheidewerk ist neuerdings mit einer lästigen Steuer belegt worden.

Auf dem Gebiete der Warenherstellung spielen gegenwärtig Organisationsfragen eine wichtige Rolle. Die Ausschaltung des freien Wettbewerbes durch Konventionen und Kartelle wird überall dort, wo ein Gewerbe eine bestimmte Stufe der Entwicklung erreicht hat, als Notwendigkeit für den weiteren Aufschwung der verschiedenen Gewerbe erkannt. In der Montanindustrie hat die Erneuerung des Kartells als notwendig gezeitigt, was sehr, trotz aller trennenden Momente, das Bedürfnis des Zusammenchlusses vorhanden ist. Die Kartelle stehen zueinander zum Teil in einem Gegensatz, der eine Erneuerung des Kartells fast unmöglich machte. Aber schließlich ist es doch noch geglückt, eine Form der Vereinigung zu finden, die den gegenseitigen Kampf bis aufs Messer verhindert: es wurde mit Ausschluß der unter amerikanischem Einfluß stehenden Werte eine Kampforganisation gebildet, deren Aufgabe es sein soll, die Preise auf dem Anlande zu regulieren und auf dem amerikanischen Markt die außenstehende Konkurrenz möglichst in die Enge zu treiben und damit zur Nachgiebigkeit und zum Anknüpfen an das Syndikat zu nötigen. Innerhalb des Eisengewerbes schweben wichtige Verhandlungen zur Bildung eines Stabelferbandes für den rheinisch-westfälischen Produktionsbezirk. Die Situation für die neuen Walzwerke ist durch den Preisdruck, der von den gemischten Werken ausging, so schwierig geworden, daß sie zu einer Vereinbarung mit den gemischten Werken geneigt zu sein scheinen. Wie verlautet, ist die angestrebte Vereinbarung zunächst als sehr lose gedacht: es soll eine Kontrollstelle in Düsseldorf eingerichtet werden, von der aus die Kartelllage in Stabelfer, der Verband und die Preise beobachtet werden. Ueber die Preishöhe werde man sich dann von Periode zu Periode, je nach der Marktlage, zu einigen suchen. Endlich sei noch auf die Gründung des Kartells deutscher Tapetenindustrieller hingewiesen, das einen langen Kampf zwischen zwei Gruppen in der Tapetenindustrie, von der die eine mehr von den Tapetenherstellern, die andere von den Färbereien geführt wurde, beendigt. Dem neuen Kartell gehören alle deutschen Fabriken mit Ausnahme von 14 an, die auch früher schon außerhalb der bestehenden Konventionen standen und für den Gesamtmarkt vorläufig keine große Bedeutung haben.

Auf dem Arbeitsmarkt fand im September ein äußerst starker Stellenwechsel statt, wie er seit Jahren nicht beobachtet wurde. Diese Bewegung ergibt sich einmal aus der ziemlich gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften, die aber eine entsprechende Zunahme der Beschäftigten nicht zur Folge hatte. Vielmehr entstand die starke Nachfrage hauptsächlich infolge von Abgängen, die einen Ersatz notwendig machten. Nach den vorläufigen Ausweisen für September hat sich die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt fortgesetzt. Es darf aber keinen Augenblick vergessen werden, daß schon die nächsten Wochen wieder eine zunehmende Steigerung des Angebots bringen werden. Vor allem steht schon wieder der Zug von platten Lande und die Wanderung von Ost nach West ein. In Schlesien u. S. ist das Angebot infolge der Abwanderung recht niedrig, während es um so mehr steigt, je weiter wir nach Westen kommen; äußerst hoch ist es noch immer in Rheinland-Westfalen. Es liegt nun die Vermutung sehr nahe, daß der neue Zug von den Arbeitgebern stark bevorzugt wird, weil er zu Bedingungen eingestellt werden kann, die für den Arbeitgeber vorteilhaft erscheinen. Man sieht daher vor allem gesteigerte Nachfrage nach Frauenarbeit, nach Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern, während nach erwachsenen männlichen Arbeitern der Begehrt weit weniger lebhaft ist. Diese Verdrängung der höher bezahlten Arbeit wird durch die Verteuerung von Kapital und Kredit noch wesentlich überall dort begünstigt, wo die Bedingungen des Produktions- und Arbeitsprozesses einen solchen Ersatz zulassen. Glücklicherweise hat aber diese Verdrängung ihre Grenzen. Berlin, am 17. Oktober 1909.

Richard Calver.

Politische Umschau.

Die Landtagswahlen in Sachsen und Baden. — Die Reichstagswahlen in Coburg. — Die stehende „niedergerittene“ Sozialdemokratie. — Umschwung in Spanien. — Sturz des Ministeriums Maura. — Ein liberales Ministerium.

Neue glänzende Siege der Sozialdemokratie! So können wir unsre Umschau abermals beginnen. Am 21. Oktober fanden die Landtagswahlen in Sachsen und Baden statt. In beiden Ländern sind die Erfolge der „niedergerittene“ Sozialdemokratie für ihre Gegner wahrhaft niederschmetternd. In Sachsen wurde zum ersten Mal das ungerechte und gehässige System des Pluralwahlrechts, das direkt gegen die Arbeiterklasse und gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, erprobt. Definitiv wurden gewählt 34 Abgeordnete und zwar 16 Sozialdemokraten, 14 Konservervative und 4 Nationalliberale. Nicht weniger als 57 Stimmzettel sind erforderlich; daran sind beteiligt 53 Sozialdemokraten, 23 Nationalliberale, 17 Konservervative, 9 Freisinnige, 3 Bündler, 2 Mittelstandsständbiden und 1 Reformier. Die Stimmzettel finden bereits am 2. November statt. Ganz ohne Zweifel wird die Sozialdemokratie in der Stichwahl noch eine Anzahl Mandate erringen, wieviel läßt sich allerdings mit Sicherheit nicht messen. Aber mit der Wahrscheinlichkeit ist zu rechnen, daß sie als die stärkste Partei in den Landtag einzugehen wird, wo sie bis jetzt nur ein Mandat hatte. Mit elementarer Kraft hat die oppositionelle Stimmung der wertigsten Bevölkerung sich Luft gemacht; sämtliche bürgerliche Parteien haben eine schwere Niederlage erlitten. Die Konservervativen verfügten unter dem von 1898 bis jetzt bestandenem Dreiklassenwahlrecht stets über die absolute Majorität, sogar bis zu zwei Dritteln der sämtlichen Abgeordneten; in der letzten Kammer hatten sie noch 46 von insgesamt 82 Mandaten. Und jetzt, nachdem sie es im ersten Wahlgange auf 14 Mandate gebracht, dürfen sie froh sein, wenn es ihnen gelingt, diese Zahl in der Stichwahl bis auf etwa 20 zu steigern. Die Herrschaft der Konservervativen Partei in Sachsen ist zertrümmert; mit einem einzigen Schlage ist sie zertrümmert worden; daß sie nicht wiederkehrt, dafür bürgt von nun an die Sozialdemokratie.

Nicht minder großartig sind die Resultate für die Sozialdemokratie in Baden. Definitiv gewählt wurden 10 Sozialdemokraten, 21 Liberale, 4 Nationalliberale und 1 Demokrat. Der Liberalismus im „liberalen Musterlande“ ist also erheblich im Rückstande geblieben. In den erforderlichen 87 Stimmzettel sind 29 Sozialdemokraten beteiligt. Die Stichwahlen finden am 30. Oktober statt. Die Stimmzahl für die von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten ist ganz gewaltig, nämlich von 60 000 im Jahre 1905 auf 80 000, gestiegen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß ihr die Stichwahlen noch einen erheblichen Zuwachs an Mandaten bringen werden. Das Zentrum hat offenbar keine Aussicht, die absolute Majorität im Landtage zu gewinnen. Daß ihm die liberalen Parteien zur Eroberung von Mandaten gegenüber der Sozialdemokratie beifällig sein werden, ist nicht anzunehmen. Wie in Sachsen, so ist auch in Baden ein kläglicher Rückgang des Nationalliberalismus offenbar geworden. Im „Musterlande“ schien das Zentrum im starken Vorrang zu sein; jetzt ist dieser Vorrang zum Stillstand gebracht worden. Höchstwahrscheinlich werden Zentrum und Konservervative in den Stichwahlen keinen Sitz mehr gewinnen. Ersteres ist an

der Stichwahl in 29 Kreisen, letztere sind in 14 Wahlkreisen beteiligt. Der Fortschritt der Sozialdemokratie tritt, abgesehen von der gewaltigen Zunahme ihrer Stimmen, recht deutlich hervor in der Tatsache, daß sie zehn Mandate im ersten Wahlgange gewonnen, während sie 1905 in der Hauptwahl nur fünf eroberte.

Auch aus Coburg ist ein glänzender Sieg der Sozialdemokratie zu melden. Bei der am 22. Oktober abgelaufenen Reichstagswahl siegte der sozialdemokratische Kandidat Zietzki mit 7080 Stimmen über den Wismaschlandbiden Quard, der es auf 6846 Stimmen brachte.

Alle diese für die Sozialdemokratie so günstigen Wahlergebnisse können darüber belehren, wie stark sich binnen kurzer Zeit der oppositionelle Geist im Volke entwickelt hat.

Wenn diese Nummer unres Wältes in Druck geht, werden, am 26. Oktober, im fünften, sechsten, siebten und zwölften Berliner Landtagswahlbezirk die Wählermänner-Ergänzungs-Wahlen für die notwendig gewordenen Ersatzwahlen stattfinden. Wir hoffen, in nächster Nummer mitteilen zu können, daß auch diese Wahlen zu einem glänzenden Sieg der Sozialdemokratie geführt haben.

Die Stimmung der reaktionären Gewalten und der bürgerlichen Parteien in Deutschland, die sowieso schon sehr gedrückt war, ist durch die neuesten Wahlerfolge der „Musterpartei“ wahrlich nicht verbessert worden. Es geht ein klägliches Gemurmel, vermischt mit Zorn und Mut, durch die Presse dieser Gewalten und Parteien; sie finden sich in der Situation offenbar nicht mehr gerecht. Aber das dürften sie nunmehr wohl erkannt haben, daß sie sich von der patriotischen Rüge und Heuchelei keine ihnen günstigen Wirkungen auf die Volksgassen mehr verschreiben dürfen.

Dadurch, daß die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse Deutschlands sehr stark durch die Wahlen in Anspruch genommen wurde, hat ihr Interesse an den sonstigen politischen Ereignissen und Fragen keine Beeinträchtigung erfahren. In zahlreichen Versammlungen hat die Sozialdemokratie noch in der verflochtenen Woche sich protestfroh mit dem Justizmord in Barcelona beschäftigt. Eine Reihe impopularer Massenemonstrationen fand statt.

Inzwischen ist in Spanien eine bedeutende Wendung der Frage eingetreten. Das Mörderministerium Maura ist gestürzt worden. Der elende Jesuitenrecht hat dem Entrüstungsturm der ganzen Kulturwelt nicht standhalten können, zumal dieser Entrüstungsturm als bald auch das spanische Volk ergriff. Im Parlament auf das festigste von den Liberalen angegriffen, erlag das Kabinett Maura im Sande und zerbrach. An seine Stelle tritt das liberale Kabinett Moret.

Wir hüten uns allerdings, an diesen Umschwung weitgehende Hoffnungen in bezug auf die Gestaltung der Dinge in Spanien zu knüpfen. Die Volksmasse dort ist leider noch zu sehr in politischer Rückständigkeit gefangen und der Herrschaft des Klerikalismus ergeben, als daß sie eine Stütze für gründliche, wirklich freiheitliche Reformen abgeben könne. Es darf darauf hingewiesen werden, daß der jetzige Ministerpräsident Moret bereits früher schon zweimal an der Spitze liberaler Kabinete in Spanien gestanden hat; aber beide Male haben seine Machtbefugnisse nicht ausgereicht, die Herrschaft des Klerikalismus niederzuhalten, der, wie erwähnt, den größten Teil der Bevölkerung in seiner Gewalt hat und sich im Besitze der stärksten finanziellen Mittel des Landes befindet. So muß man auch jetzt mit der Möglichkeit rechnen, daß in nicht zu fernher Zeit in Spanien wieder ein Pfaffenministerium am Ruder sein wird.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen. Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zugung von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein: Esln (Sperr über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.), Oldesloe (Sperr über Meyer aus Segeberg);

Brandenburg: Rhinow B. Rathenow (Streik), Bad Schönlass, Fürstenwalde (Aussperrung), Michendorf l. d. M. (Sperr über August Klose), Königs-Wusterhausen (Sperr über Gördsort aus Beeskow);

Pommern: Swinemünde (Sperr über den Kirchenbau in Ostswine), Erftelangen (Massregelung bei Boermann), Treptow a. d. Rega (Sperr über Paul Wittke), Stettin (Differenzen bei der Zementfabrik „Comet“), Stralsund (Sperr über den Stettiner Unternahmer le Couve);

Ost- und Westpreußen, Posen: Marienwerder (Sperr über Sternberg aus Freystadt), Goldap (Sperr über Schmallong aus Darkohnen);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperrt über Winkler, Steinstrasse), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanka in Panitzsch für das Borsdorfer Lohngeld), Zittau (Sperrt über Hünke in Weigsdorf), Oberriedersdorf (Sperrt über den Unternehmer Clemens), Oderwitz (Sperrt über die Bauten des Unternehmers Krüsing), Neustadt (Sperrt über Anton in Langburkersdorf), Dresden (Sperrt über Symank), Aue (Sperrt über Lein), Frankenberg (Sperrt über Schulze);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Halle (Sperrt über Ifland in Passendorf);

Schlesien:

Landeshut (Streik);

Thüringen:

Tambach (Streik), Arnstadt (Sperrt über O. Gressler), Weimar (Sperrt über Otto Hemme);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen:

Badbergen, Lingen, Walsrode, Neuhaus a. d. E. (Streiks), Nordenham (Sperrt über die Bauten des Metallwerks), Bremen (Sperrt über Müller in der Erlenstrasse und über Kiefer aus Duisburg, Bau in Oslebshausen), Buxtehude (Sperrt über Pleschke und Spark);

Westfalen und Rheinland:

Düsseldorf (Streik in Ratingen), Aprath (Sperrt über den Bau der Lungenheilstalt), Minden (Sperrt über Akmann in Oberrkirchen und Wischmeier in Kutzenhausen);

Hessen-Waldeck:

Büttelborn (Sperrt über Kuhlmann und Kraus), Darmstadt-Reinheim und Ueberan (Sperrt über Gg. Ph. Petri IV), Frankfurt a. M. (Sperrt über Herzberger in Bonames), Alzey (Sperrt über Franz Schmitt);

Bayern:

Rohau (Streik), München (Sperrt über den Zwischenunternehmer Julius Rousch in Bozen (Südtirol));

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Zabern-Lützelburg (Sperrt über Holzmann & Co., Tunnelbau), Metz (Sperrt über Couder);

Fliesenleger:

Wien und Düsseldorf (Sperrt über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), Coblenz (Sperrt über Caspari), Berlin (Sperrt über Schachtsick & Mellin);

Isolierer und Steinhölzler:

Leipzig (Sperrt über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltestr. 23), Berlin (Sperrt über die Filialen der Duramentwerke, Inhaber Naumann-Dessau, Filiale der Gesellschaft Fama, Hannoversche Steinhölzfabrik), Chemnitz (Sperrt über die Firma Ziegner & Fritsche), Bremen (Sperrt über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.).

Schweiz:

Winterthur (Streik).

Norwegen:

Kristiania (für Backofenmaurer gesperrt).

Ueber den Arbeitsnachweis der Unternehmer in

Sena haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Berlin.

Ein recht sonderbares Bildchen sind unsere Unternehmer in Fürstentum a. d. Epre. Seit Jahren hatten wir einen Arbeitsvertrag, und wenn auch wiederholt gestreift werden mußte, so bestand doch immer ein lebliches Verhältnis zwischen Unternehmern und den baugewerblichen Arbeiterorganisationen. Der Gehaltslohn erreichte die Höhe von 55 $\%$, und seit mehreren Jahren war auch der Neuminstentag eingeführt. Als aber im Herbst 1907 der deutsche Arbeitgeberbund sich recht maßlos verhielt, da sagte auch unsere bisherigen Herren am Spreetrande wider Tatenbrang. Sie kündigten den Vertrag und überließen den Organisationen jenes bekannte, vom Arbeitgeberbunde einseitig aufgestellte Vertragsmuster. Kategoriale bestanden sie, daß dieser Vertrag ohne eine Verhandlung unersetzlich werden sollte. Als wir die Unterzeichnung ablehnten, uns aber zur Verhandlung bereit erklärten, waren sie sehr erwidert und gogen nun ihr Angebot, das die alten Löhne und die alte Arbeitszeit gnädig vorsetz, zurück und drohten, jetzt bei zehnstündiger Arbeitszeit nur noch 50 $\%$ Lohn bewilligen zu wollen. Die Einleitung der damaligen genanten Verhandlungen schenkte ja dieses Kommissariat ein wenig ein; aber ein Duzend Verhandlungen wurden trotzdem notwendig, ohne daß ein Abschluß des Vertrages zustande kam. Es mußten zwei Schiedspräsidenten gewählt werden, und dennoch mußten sich die Herren ihrer Verpflichtungen zu entziehen. Als schließlich auch der Vorstand des Arbeitgeberbundes auf den Abschluß des Vertrages drängte, da wollte niemand zur Unterzeichnung berechtigt sein. Schließlich löste sich der Verband auf, und aus denselben Keulen bildete sich eine lokale Organisation, die nun die Dreifachheit befaß, uns anzubieten, wir sollten die Verhandlungen von neuem beginnen lassen. Seit damals war eine vertragslose Zeit und unsere Organisation hatte alle Hände voll zu tun, um die angebotenen Verschlechterungen abzuwehren. Unter jener Unternehmern, die Verschlechterungen versuchten, befindet sich auch Herr Wittfahl. Im vorigen Winter hob er ohne weiteres die Sonntags- und Feiertagsvergütung auf und ließ durch seinen Vorkler die Affordpugerei diffieren. Vor einigen Wochen hatten Maurer und Bauhilfsarbeiter über schlechte Behandlung durch den Vorkler und über mangelhafte Unterfrüsträume zu klagen, und es kam zur ArbeitsEinstellung. Bei dieser Gelegenheit forderten alle Beteiligten eine Lohnerhöhung von 5 $\%$ pro Stunde. Jetzt erklärten sich einige

Unternehmer mit Wittfahl insoweit folbarisch, als sie mit uns in drei Sitzungen zu verhandeln suchten. Doch ein befriedigendes Ergebnis war wieder nicht zu erzielen. Die Verhandlung ging genau der früheren Kleingelderei, und ein Manget an Vertragsfestigkeit mit teilweiser Unnachhaltigkeit, das sind die hervorhebenden Merkmale, die zutage traten. Aber etwas hatte sich doch geändert. Der Vorkler gab nämlich bekannt, daß die Herren diesmal als Sitzung verhandeln; somit muß auch der im Sommer 1908 gegründete lokale Verband der Unternehmer den Weg alles Vergänglichem gegangen sein. Die Unternehmer verlangten natürlich die Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen. Vom 1. April 1910 an boten sie 2 $\%$ Lohnerhöhung. Das lehnten die Streikenden natürlich ab. Das Ergebnis eines neuen Kriegesrates der Unternehmer war, daß sie am 16. Oktober den Streikenden nicht den Organisationen — mitteilten, daß, wenn bis zum 19. Oktober die Arbeit nicht aufgenommen sei, sämtliche organisierten Maurer und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt würden, denen am 25. Oktober auch die Zimmerer folgen sollten. Das Ultimatum beginnt mit der hochwichtigen Bekanntmachung, daß diesen Beschluß „der heute gegründete Arbeitgeberverband“ gefaßt habe. Wenn nun auch dies Ereignis für die Naturgeschichte der Fürstentum Bauunternehmer von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein mag, den streikenden Maurern und Bauhilfsarbeitern nötigte es nicht den gewünschten Respekt ab; denn sie verbarnten im Streik und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Und als der Dienstag kam, da sperrte nur ein Unternehmer aus, dem sich nach einigen Wiltigen später ein weiterer anschlöß. Bei einem andern mußten wir nachhelfen und selbst die Arbeit einstellen. Somit wurde zurzeit bei zwei Unternehmern gestreift und zwei sperrten aus, sie beschaffigten zusammen 87 Gesellen. Vier Unternehmer mit 52 Gesellen haben den neuen Tarif untergeschlüssig anerkannt und bei vier Unternehmern mit 28 Gesellen wird noch zu den alten Bedingungen weitergearbeitet. Die am Ende voriger Woche abgehaltene Vertreterversammlung, besaß den sieben Mann, — darunter natürlich auch Zimmerer und Dachbeder — soll beschließen haben, den Beschluß, die Zimmerer ebenfalls auszusperrn, nicht in Wirksamkeit treten zu lassen.

Gau München.

Einem sehr schönen Erfolg haben uns Kollegen in Bad Tsch. errungen. 1907 fanden wir dort in einem schweren Kampfe der Streik mußte jedoch nach sechsmonatiger Dauer abgebrochen werden, da die dringendsten Arbeiten mit den vorhandenen Steinfachern fertiggestellt wurden. Zum Ueberflus sollten die Unternehmer noch den Beschluß, die Streikenden fünf Jahre lang nicht mehr in Tsch. zu beschaffigen. Doch: Mit des Gefährdes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen“ und Die Unternehmer machten mit dem vom Auslande importierten Maurern sehr schlechte Erfahrungen, und trotzdem im vorigen Jahre fast keine Bautätigkeit vorhanden war, wurden die Gesellen wieder in Arbeit genommen. Im Laufe dieses Jahres entwickelte sich auch der Zweigverein wieder ganz gut, und es kam neues Leben unter die Kollegen. Als sich in den letzten Wochen auch die Konjunktur einigermaßen besserte, wurde am 18. Oktober unsere Forderung an die Unternehmer eingereicht. Nur unter Schreiben antwortete nur Architekt Reich, und zwar zustimmend. Am 20. und 21. Oktober wurden nun die Unternehmer vom Gauvorsitzenden und dem Kollegen Haberle persönlich aufgesucht, wobei unsere Forderung energisch vertreten wurde. Nach zweitägiger Unterhandlung erklärten sich dann die Unternehmer bereit, einen Tarif zu vereinbaren und unsre gesamten Forderungen zu bewilligen. Wenn man bedenkt, daß in letzter Zeit der Lohn pro Stunde auf 40 $\%$ und noch weiter herabgebrückt war, so bedeutet dieser Abschluß einen bedeutenden Schritt nach vorwärts. Der Stundenlohn beträgt 1909 45 $\%$ und vom 1. Mai 1910 an 48 $\%$. Die Arbeitszeit beträgt neunundvierzig Stunden; es wird aber für zehn Stunden bezahlt. Für Ueberstunden ist ein Zuschlag von 10 $\%$, für Nacht- und Sonntagsarbeit ist der doppelte Stundenlohn zu bezahlen. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 1. Juni 1911. Die Kollegen haben diesen Erfolg ihrem Zusammenschluß im Deutschen Maurerverband zu verdanken. Es liegt nun an ihnen, darüber zu wachen, daß das Errungene auch festgehalten wird. Durch den weiteren Ausbau des Zweigvereins haben sie dafür zu sorgen, daß wir auch in Zukunft jederzeit imstande sind, unsre Rechte zu verteidigen. „Einigkeit macht stark!“

Gau Stettin.

In dem 92 Ortschaften umfassenden, seit 1906 abgegrenzten Lohngbezirk Barth bewilligten die anässigen Unternehmer vom Juni 1909 bis zum 1. April 1911 42 $\%$ Stadtlohn und 44 $\%$ Landlohn. Die zum Medienburger Landesverband gehörenden Unternehmer St. d. d. Müritz und G. d. d. Damgarten zahlten auf ihren im Lohngbezirk Barth liegenden Arbeitsstätten den Barth'schen Lohn nicht. Als persönliche Vorstellungen nicht nützlich, wurde am 1. September eine Beschwerde eingereicht, und nun fanden die Herren noch obendrein den Saug ihrer Organisation. Am 14. Oktober kam es in Barth zu einer Verhandlung, an der außer der Kommission der Maurer und Zimmerer der Geschäftsführer der Medienburger Unternehmer sowie Unternehmer aus Barth, Müritz, Damgarten, Marlow und Sülze teilnahmen. Zweck der Uebung war, für Medienburger kommunale Gewerkschaft zu annektieren, weil diese höhere Lohnzulagen haben. Festgelegt ist, daß die Organisationen der Maurer und Zimmerer nichts dagegen haben, daß bei den 1911 stattfindenden Vertragsverhandlungen auch für Damgarten ein Lohngbezirk abgegrenzt wird. Der Medienburger Arbeitgeberverband will dafür sorgen, daß keine Mitglieder vom 18. Oktober an im Lohngbezirk den Barth'schen Vertragslohn zahlen. Durch diese weniger ansfändige, aber für den Unternehmer mehr einträglichere Forderung ist jeder dort beschäftigte Maurer um 8 $\%$ gesündigt. Solche Ergebung gibt Anreiz zu ArbeitsEinstellung; denn, wäre die Arbeit eingestellt worden, dann wäre binnen drei oder höchstens acht Tagen die Sache erledigt gewesen. Wir erwarteten vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes jodelt Hoffesse, daß er veranlaßt, daß noch nachträglich eine Nachzahlung vom 1. 9. 09 an erfolgt. — Oder sollten wir uns täuschen.

In Colberg beantragten die Hilfsarbeiter den Maurermeister Satobien, sie am Bau des Elektrizitätswerkes in Afford arbeiten zu lassen. Sei es nun, daß der Preis zu niedrig angelegt ist, sei es, daß die Hilfsarbeiter zu ungesund waren, kurz: die Maurer mußten zweimal einige Stunden aussetzen, weil kein Material auf den Mütungen war, zweimal mußte je ein halber Tag gefeiert werden, weil die Arbeiter wegen Neuregelung der Affordfrage die Arbeit eingestellt hatten, ohne den Maurern vorher auch nur eine Andeutung von ihrem Vorhaben gemacht

zu haben. Am 8. Oktober verlangten die Maurer vom Unternehmer Garantien für einen ungehinderten Fortgang der Arbeit und Verzählung der Zeit, in der wegen des Fehlens von Material gefeiert werden mußte. Die Antwort war die Entlassung der 30 Maurer, wodurch auch sieben Steinträger und vier Kalfträger in Mitleidenschaft gezogen wurden. Als die Sperrt verhängt wurde, drohten die Arbeitgeber mit der Aussperrung. Am 18. Oktober kam es zur Verhandlung. Der Arbeitgeberverband erklärte, es sei nicht eines jeden Arbeitgebers, für einen ungehinderten Fortgang der Arbeit zu sorgen. Eine Entschädigungspflicht für die Zeit, wo die Maurer wegen Störungen im Materialtransport — abgesehen von ArbeitsEinstellungen der Hilfsarbeiter — feiern müssen, erkennt er nicht an; doch ist Herr Satobien bereit, M. 30 an den Zweigverein zu zahlen. Hierauf wurde mit 89 gegen 85 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Hoffentlich werden nun die Colberger Unternehmer mit ihrer Gemütsheil, beim geringsten durch fehlerhafte Transporteinrichtungen hervorgerufenen Materialmangel, die Maurer feiern zu lassen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Stierbegeh darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgefaßt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Nebenbei sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfaßung auszugeben ist.

Unterfaßungsanweisungen sind in der Zeit vom 18. bis 28. Oktober für folgende Mitglieder erteilt:

- R. Hoffmann - Wiesbaden (Frau), Verb.-Nr. 48 508;
- A. Schulze-Wilshausen i. Tsch. (Frau), 309 087;
- H. Gumbel-Burgen (Frau), 38 082;
- S. Zollmann-Mildesheim (Frau), 396 813;
- Emil Reith-Meerane (Frau), 86 505;
- A. Gehland-Hörselsleben (Frau), 303 266;
- Fr. Gelele-Saffel (Frau), 462 816;
- Anton Gube-Duerfurt, 95 942;
- Aug. Schulze i. Königswusterhausen, 81 644;
- S. Warth - Berlin, 9881;
- P. Weber - Straßburg i. Elß., 176 164;
- S. Della Pietra - Straßburg i. Elß., 419 164;
- Job. Sandboh - Gnoien, 72 102;
- Herm. Sophie Wittenberg, 291 614;
- Alb. Theffen-Vielefeld, 175 877;
- Carl Foer-Hamburg, 202 201;
- M. B. Ober-Schmitt, 471 503;
- W. Wafel-Al-Colef, 463 401;
- R. Schubert-Schweib a. d. D. (Frau), 99 983;
- Jof. Moshofer-Wilshausen (Frau), 426 299;
- Otto Wammig-Berlin (Frau), 1860;
- W. Neumann-Dresden, 18 273;
- Fedr. Gebhardt-Reulendorf, 269 207;
- Ab. Niklas-Goldberg i. M., 268 521;
- Emil König-Reinbeil, 96 784;
- S. Gierg-Silge, 384 732;
- S. Falkenhagen-Wismar, 107 677;
- R. Belloni-Wilshausen i. Elß., 413 222;
- F. Wilt-München, 240 518;
- E. Wirth-München, 228 611;
- T. H. Neuter-Nürnberg, 424 360;
- Peter Stiben-Ganburg, 26 065.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer S. Köfer, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 17. bis 24. Oktober 1909 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

- Anstehen M. 151,88, Arensee 68,80, Augsburg 304,98, Annaberg 156,07, Appenrade 355,43, Ahrensööd 72,34, Auma 8,70, Aßmannsdorf 666,83, Bismarck 23,72, Wood 222,04, Budow 129,88, Caruth 69,66, Bernsdorf 38,28, Barby 388,20, Belgig 372,54, Vielensthal 81,34, Wiedeke 63,04, Wern 50,05, Vedum 18,44, Vielefeld 965,30, Burgdorf 258,38, Bornhöved 69,51, Büttow 28,60, Briesen 49,54, Verjee 281,24, Wahn 165,46, Breslau 11,29, Bochum 4566,72, Birkenwerder 65, Warmen-Giberfeld 621,82, Bitterfeld 300, Cella 674,61, Croffen 528,15, Calefeld 240,08, Chemnitz 800, Duisburg 1076,31, Dortmund 968,58, Danzig 800, Döberan 214,47, Delmenhorst 1822,19, Döbeln 200, Dirfel 176,09, Dömitz 106,60, Ederförde 115,87, Ebfort 28,80, Eßingen 20,74, Einbeil 612,61, Eutin 561,80, Erbing 2, Eßen 6220,83, Frankfurt a. d. D. 732,90, Ffensburg 459,72, Freyhan 791,84, Friedhof 72,10, Friedeburg 149,10, Ffelfberg 118,08, Gr. Vellen 151,57, Gfah 97,84, Gränberg i. B. 578,69, Gränberg i. C. 487,50, Gumtinnen 102,25, Grandenborn 99,22, Gfifow i. M. 66,17, Gfrobwig 65,87, Gommern 558,04, Gfrefthald 276,93, Gföpplingen 267,36, Gr. Kreuz 225,83, Grabow 143,01, Gernsdorf 105,41, Gofershausen 98,01, Gfifelsie 266,75, Gofchuf 151,09, Gofingswalde 17,56, Gfiffen 15,72, Gofha 721,24, Gofsen 93,04, Gfroschenhan 66,39, Gfamel 420,26, Gofzminhen 162,76, Gofenstirn-Gfiffald 482,84, Gagenow 161,06, Ganner 5 M. 109,87, Gegermühle 86,11, Gof 1582,91, Gerne 899,98, Gfeyndorf 821,60, Gfeyberg a. Saaz 240,62, Gamburg 3285,66, Gamburg (vom Streik zurück) 1011,40, Gamburg 671,32, Gofshausen 106,59, Gfifelsheim 43,22, Gofnd 436,19, Gofhof 170,85, Gofhof 188,73, Gfeyburg 94,05, Gofberge 216,72, Gfremmen 174,76, Gfelfein 8,50, Gfelfershausen 136,62, Gfelmach 69, Gfey 15,12, Gfifberg i. Pr. 687,84, Gf. Gföndel 17,24, Gfandenberg 548,52, Gfeyn 854,63, Gfeyre 299,62, Gfodau 240, Gfauterberg 162, Gfandenberg 180,66, Gföbne 93,78, Gfeynmannsdorf 69,72, Gfifelsie 86,96, Gfage 168,32, Gfandelsheim 241,48, Gfifffen 219,65, Gfeyntenberg 77,44, Gfeynwerda 7,84, Gfaurafitte 800, Gfifow 169,90, Gfödrach 100, Gfeynlingen 94,24, Gfifberg 2,70, Gfey 930,86, Gfeytberg 390,75, Gfiflich 188,58, Gfifow 69,40, Gfey 212,04, Gfiffen 180,77, Gfifow 163,40, Gfeyntenberg 41,40, Gfeyn 267,68, Gfeyntingen 140,24, Gfifow 1963,99, Gfiften 72,24, Gfeyndam 699,02, Gfifow 208,39, Gfifow 66,18, Gfeyndorf i. Dörfel, 6,90, Gfeynting a. d. B. 827,71, Gfeynting 262,48, Gfeynting 110,88, Gfeynting 96,88, Gfeynting 61,48, Gfeynting 142,02, Gfeynting 1105,10, Gfeynting i. M. 69,68, Gfeynting 10270,19, Gfeynting 285,80, Gfeynting i. Gofß. 124,51, Gfeynting 78,70, Gfeynting 70,81, Gfeynting 108,19, Gfeynting 69,82, Gfeynting 3,30, Gfeynting i. Pr. 270,62, Gfeynting 91,83, Gfeynting 177,05, Gfeynting 157,83, Gfeynting 5, Gfeynting 279,72, Gfeynting 107,96, Gfeynting 20,88, Gfeynting 117,80, Gfeynting 29,05, Gfeynting 3829,12, Gfeynting 349,83, Gfeynting 143,18, Gfeynting 173,83, Gfeynting 222,75, Gfeynting (vom Streik zurück) 23,90,

Ludwigsborn 162,85, Naheburg 222,14, Nalbor 117,90, Rheinsberg 202,84, Regis 63,21, Nieder 7,80, Noha 61,42, Sorau 818,32, Schmollin 834,08, Steinau 86,56, Schwarzenbeck 80,99, Scherred 32, Schwemmering 7,80, Salgfellen 501,82, Sefrau 252,56, Streifen 193,06, Schöpfurth 171,48, Salzdahlum 105,34, Strausberg 102,90, Steinau 63,16, Swineminde 693,10, Saalfeld 529,16, Straßburg i. Westf. 299,65, Sommerfeld 278,95, Salzgitter 171,70, Schlegel 189,61, Stadioborn 106,70, Schönlitz 51,98, Sülzbrunn 50,40, Straßburg i. Schl. 1855,28, Saarbrücken 579,42, Städtlitz 68,40, Sachsa 37,66, Schönlanke 17,64, Sonneberg 311,44, Schneidemühl 189,35, Sagan 126, Trebitz 228,97, Torgelow 176,75, Trebitz 155,61, Thorn 602,80, Mels 11,24, Wolfsdorf 187,56, Varel 262,60, Weimar 411,92, Worms 350, Wolbeck 215,82, Wittenberg 276, Westersiede 247,52, Wittenburg 237,66, Wernsdorf 44,30, Wilsdorf 265,52, Wittenburg 238,09, Wolgast 206,82, Wupperhausen 142,20, Wendenburg 30,68, Weismann 116,56, Waltershausen 261,88, Worms 97,16, Weisenburg 15, Würzburg 592,34, Wolfshütten 82,16, Witten 837,54, Zäcker 173,43, Zollen 251,78, Zwenkau 7,27, Zittau 661,32, Zehlendorf 45,60, Zelin 49,86, Züllichau 30,12, Zietzen 7,65.

b) Für Kalender.

Walden 10, Annaberg 25, Wrensböden 20, Wernsdorf 5, Wilmow 5, Wintow 5, Warby 7,50, Wiede 5, Wielefeld 37,60, Burgdorf 10, Wreslau 60, Bochum 150, Barmen 50, Gelle 10, Croffen 7,50, Dortmund 17,5, Danzig 50, Eutin 10, Grünberg 2,50, Gr.-Westen 9,50, Grünberg i. Polen 5, Erlen i. Schl. 14, Gr.-Westen 6, Gölzow 6,50, Grotzsch 9, Göttingen 25, Gr.-Westen 2, Grabow 5, Gernsdorf 5, Gagenow 5, Serdingen 6, Gelsenburg 10, Gildesheim 37,80, Gänitz 7,50, Kreuzburg 17,50, Hgryz 1, Rangenbielau 10, Hefne 5, Hühnow 2, Weiten 15, Wilmow 3, Wenzel 5, Mainz 50, Hoffentershütte 15, Niemeß 5, Niederschauen 6, Oberstein 5,50, Osterwieck 3, Prien 10, Pfla 2,50, Pofen 50, Pöls 7,50, Pledow 5, Ragenburg 7,50, Ratibor 2, Noha 7,50, Steinau 5, Scherred 1,50, Salzdahlum 1,50, Strausberg 10, Steinau 7,50, Schrobenshausen 5, Sommerfeld 1, Saarbrücken 50, Städtlitz 7,50, Sachsa 5, Schönlanke 50, Städtlitz 150, Thorn 5, Waltershausen 7,50, Wolbeck 7,50, Wittenberg 12,50, Wittenburg 5, Wernsdorf 5, Wilsdorf 7,50, Wolgast 5, Würzburg 62,50, Wolfshütten 5, Zechau 7,50, Zollen 7,50, Zäcker 2,50, Züllichau 7,50.

c) Für Futtermal.

Augsburg M. 10, Warby 2, Wreslau 10, Wrisburg 5, Dortmund 20, Einbeck 3, Eutin 1, Glas 2, Grünberg i. P. 2, Grünberg i. Schl. 2, Sodenstein-Erntthal 8, Gamburg 40, Kattowitz 16,40, Kreuzburg 6, Kallberg 1, Lehnitz 2, Lochau 2, Noosburg 2,50, Mainz 10, Neudamm 3, Niemeß 1, Pfla 1, Pofen 5, Trebitz 5, Westersiede 5, Witten 5, Zelin 1,20.

d) Für Jahrbuch.

Augsburg M. 1, Bochum 5, Essen 10, Stuttgart 5.

e) Für Protokolle.

Wreslau M. 2, Sodenstein 1, Sommerfeld 3.

f) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.

Barmen A. 60, Wielefeld 49, Duisburg 12, Einbeck 3,75, Essen 7,50, Gelsen 7,5, Großenhain 12, Grünberg i. P. 7,5, Mainz 72,50, Weiten 14,25, Wilsdorf 12, Neukloster 7,5, Pofen 36, Trebitz 7,5, Worms 7,5, Zwenkau 7,50.

g) „Arbeit und Kultur“.

Augsburg M. 3.

h) Für Anzeigen im „Grundstein“.

Belzig M. 3,30, Bochum 6, Einbeck 4,5, Götze 2,10, Gildesheim 4,5, Langenöls 4,5, Lauterberg 3,20, Obershausen 3,90, Queblinburg 4,5, Sorau 4,5.

Marken-Verband. Vom 11. bis 23. Oktober sind Marken verhandelt worden (E = Eintrittsmarken, K = Beitragsmarken, A = Arbeitslofenmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalfondsmarken):

Murich 600 B à 45 A, Antonienhütte 500 B à 40, 50 E à 50, 10 E à 150, Wiersleben 500 B à 45, 500 B à 25, 500 A à 25, 500 K à 10, Nibbing 200 A à 25, Wrensböden 800 B à 55, 10 E à 50, 800 B à 50, 100 B à 30, Ansbach 100 A à 25, Nischaffenburg 100 E à 50, 400 B à 40, 200 B à 45, 400 A à 25, 1200 B à 50, 200 B à 55, 200 B à 60, Men 50 B à 30, 100 A à 25, 400 B à 40, Altenburg 100 B à 65, Nitzschendorf 150 B à 45, 50 B à 35, Nifm 200 B à 40, Wrensböden 100 B à 35, Nifm 400 B à 40, Nue 200 A à 25.

Wanzen 2000 B à 50 A, 500 A à 25, Bromberg 1000 B à 45, 50 E à 50, 4000 B à 50, Warby 800 B à 40, 100 A à 25, Worna 1200 B à 45, 10 E à 150, Wodmiz 100 A à 25, Witterfeld 2000 B à 45, Weiten 30 E à 50, 100 L à 10, Würge 500 B à 40, Wilmenshüt 200 B à 40, Burgdorf 500 B à 40, 200 B à 45, 300 B à 55, Wrensböden 300 B à 45, 5 E à 150, 50 B à 55, Wrensböden 100 B à 55, 100 B à 30, 500 A à 25, Wramfiedt 30 B à 30, Wilmow 10 E à 50, Wilmow 100 B à 40, Wiere 100 B à 30, 5 E à 50, 50 A à 25, 100 L à 10, Wittenburg a. Harz 200 A à 25, 200 B à 35, Waprentitz 2000 B à 50, Wunde 400 B à 40, 20 E à 50, Wiegard 200 B à 30, Wunnersdorf 200 A à 25 A, 3000 B à 50, Calbe (Saale) 1000 B à 45, Crivitz 200 B à 40, Colbitz 1000 B à 40, 5 E à 50, Güttritz 1000 B à 40, Gughaben 47 B à 30, Gelle 200 B à 35, 20 E à 50, 2600 B à 55, Caputh 400 B à 65, Gösitz 1000 B à 45, Croffen 1000 B à 35, 10 E à 50.

Dömitz 10 E à 50 A, 3 E à 150, 200 B à 40, Düßen 100 B à 30, 100 A à 25, Dortmund 400 B à 80, 10 000 B à 65, 6000 B à 60, 20 000 L à 10, Dürrwangen 100 B à 20, 50 B à 50, Daßow 100 B à 35, Delitzsch 100 A à 25, Danzig 10 000 B à 60, Döberan 500 B à 45, 5 E à 50, Demolitz 200 A à 25, Dessau 100 A à 25, Deutsch Eylau 800 B à 45, 800 A à 25.

Elsing 200 B à 35 A, Eudon 45 E à 50, Eutin 1000 B à 55, Gienach 800 B à 50, 800 A à 25, Effen 1000 A à 30, 6000 L à 10.

Frankenberg i. Sachfen 1000 B à 45 A, Friedeburg 300 B à 35, 200 B à 30, Finsterwalde 800 B à 40, 50 B à 35, 25 B à 30, Fürstberg 800 B à 45, 100 A à 25, Freienwalde 1000 B à 50, Freiberg i. Sachfen 400 B à 40, 1000 B à 45, 200 A à 25, Füllersleben 500 B à 35, Frankfurt a. b. Ober 3000 B à 50, Fulda 50 E à 50, 200 B à 65, 200 B à 50, 200 B à 40, 200 B à 45, Frankfurt a. Main 5000 B à 55, 15 000 B à 65, Forstheim 500 B à 35.

Grabenberg 3000 B à 50 A, 500 B à 40, 700 A à 30, 1000 K à 10, Götzig 2000 B à 50, 800 B à 45, 800 B à 40, 800 B à 35, Gommern 6000 B à 40, 400 B à 50, Gnoien 500 B à 30, Groß-Neudorf 200 B à 25, 200 A à 25, Grefenhausen 600 B à 45, Guben 600 B à 35, Groß-Nubien 400 B à 40, 200 B à 35, 200 B à 30, Gützlitz 800 B à 55, 200 B à 50, Glaucha 1000 B à 45, 200 A à 25, Genthin 200 B à 40, 400 B à 35, 50 B à 50, 50 A à 25, Grotzsch 50 B à 30, Gernsdorf 100 B à 55, Gelsenkirchen 200 B à 75, 8000 B à 65, 400 L à 25, Grotzsch 100 B à 30, Grünberg i. Schl. 5 E à 150, 100 B à 30, 200 A à 25, Greiz 2000 B à 45, Gifhorn 400 B à 60, Gengenbach 1000 B à 50, 100 B à 30, Greifswald 1000 B à 45, 25 E à 50, Großhärbersdorf 100 B à 40, Grimma 1200 B à 40, 200 A à 25, 400 L à 10, Göttingen 1200 B à 55, Garbelegen 800 B à 40, Grandenort 700 B à 45, Gassen 400 B à 35, 200 A à 25.

Halle 20 E à 150 A, 5 E à 300, 10 000 B à 60, 1000 B à 55, 2000 B à 45, 100 B à 35, Heidenheim 600 B à 45, Harburg 4000 B à 75, 50 E à 50, Hadermsleben 400 B à 30, 200 B à 35, Samm. Witten 1000 B à 50, 200 B à 45, 100 B à 40, 100 B à 35, 300 A à 25, Herford 1000 B à 55, Hittenrode 200 B à 35, 50 B à 30, 50 B à 40, 100 A à 25, Heide 400 B à 65, Hehlenheim 1500 B à 45, Holzhausen 1000 B à 45, Hengsdorf 100 B à 65, Hitzschheim 400 A à 25, 2000 B à 55, 400 B à 50, 200 B à 35, Sameln 1200 B à 50, 800 B à 40, 400 B à 35, 25 E à 50, Sorst 200 B à 50, Hegermühle 500 L à 20, 100 B à 40, Hagenow 600 B à 45, Hof 4000 B à 55, 2000 B à 50, Hartzia 400 B à 35, Ferne 4800 B à 65, 400 A à 25, 2000 L à 10, Helfstedt 800 B à 35, 100 L à 10, Hagen 5000 B à 70.

Jena 5000 B à 50 A, Jüterbog 800 B à 45, 100 B à 30, 400 A à 25, Jerichow 30 B à 50, Jüngerleben 200 B à 50, 100 B à 60, 350 B à 65.

Kronau 100 B à 40 A, Königsberg (Preußen) 150 B à 30, Kneißberg 600 B à 40, Karlshöhe 4000 B à 55, 100 B à 35, Kitz 10 000 B à 30, Kaufbeuren 600 B à 45, 100 A à 25, Kreuzburg 300 B à 80, 50 A à 25, 200 L à 10, Kolmar i. Polen 600 B à 40, Kegin 300 B à 45, 50 B à 55, 50 A à 25.

Lehrte 400 B à 55 A, Lieve 200 B à 45, 100 A à 25, Lübeck 5000 B à 70, Lemgo 800 B à 45, 100 A à 25, Lörrach 500 B à 50, 300 K à 10, 200 L à 10, Langenfein 200 B à 35, Langenbielau 500 B à 35, 2000 B à 40, Lochau 200 B à 50, 100 B à 40, Lausitz 100 B à 35, Rauenburg (Eise) 100 B à 75, 100 K à 20, Richtenstein 400 B à 35, Rangenwender 300 B à 35, Raage 400 B à 40, 200 A à 25, 200 L à 10, Reuth Lissa 400 B à 45, 10 E à 50, 10 E à 150.

Noosburg 200 B à 40 A, Nüßdorf 100 B à 60, 50 B à 65, Marzgrafische 100 B à 55, 100 B à 40, 100 B à 30, 200 L à 10, 100 B à 45, Marienburg 200 L à 15, Nüßhausen i. Thür. 1000 B à 45, 20 E à 50, Mittenevalde 200 B à 55, Weinel 400 B à 50, 300 A à 25.

Neuburg 200 B à 45 A, Neuzelle 200 B à 35, Neufalen 200 B à 40, 200 A à 25, Neustettin 1200 B à 40, 100 B à 35, 100 A à 25, Neustadt i. Gollf. 200 B à 45, 100 B à 35, Neudorf a. b. S. 1000 B à 50, Nordhausen 2000 B à 45, 400 A à 25, Niemeß 600 B à 35, Neufalz 1000 B à 40, Noppanes 50 K à 5, Neu-Sanglow 100 B à 30, 100 A à 25, Neife 800 B à 45, 100 A à 25, Neu-Duppitz 2000 B à 50, 1500 B à 30, 800 A à 25, 20 E à 50.

Ostrositz 1000 B à 45, 200 B à 35 A, Offenbach 1000 B à 55, 100 L à 10, Oels 100 B à 30, 10 E à 50, 400 L à 10, Oherode i. Pr. 5000 A à 25, 1000 B à 50, Odenburg i. Gollf. 200 B à 40, Oberhuf 400 B à 40, Ojersleben 400 B à 35, 400 B à 40, Ohlau 400 B à 40, Oefringen 300 B à 50, 100 A à 25.

Pirna 3000 B à 60, 200 B à 55, 3000 B à 50, 1000 B à 45 A, Preetz 800 B à 55, 100 B à 35, 10 E à 150, Pfla in Mecklenburg 400 B à 40, Penig 100 B à 35, 800 B à 45, Pfaltzig 400 B à 30, Pfeifferitz 600 B à 45, 500 B à 35, 100 A à 25, Pritzenau 60 B à 30, Puffau 1200 B à 45, Pletzen 200 B à 45, 200 B à 40, 200 L à 10, 5 E à 150.

Querfurt 800 B à 35, 600 B à 30, 400 A à 25, Rensfeld 300 B à 65 A, Ribitz 800 B à 40, Nieder 200 B à 35, 100 B à 40, 100 B à 45, 10 E à 50, Ruppen 400 B à 40, Rothenburg 300 B à 40, 100 A à 25, Neutlingen 100 B à 30, Rauenburg 200 B à 50, 100 B à 40, 300 A à 25, 200 K à 10, Reinfel 200 B à 70, Reichenbach i. Schl. 400 A à 25, 400 B à 35, Noha 100 B à 45, Ragenburg 2000 B à 50, 400 B à 30, 50 E à 50, 10 E à 150, 400 A à 25, Reitzsch 200 B à 30, Ramitz 600 B à 40, Ratibor 100 B à 40, 500 B à 35, 10 E à 150, 100 A à 25, 250 L à 10, Ratzenow 1600 B à 55, 400 B à 40.

Schmalldalen 100 B à 45 A, 300 B à 35, 400 B à 40, 100 A à 25, 100 L à 10, Schminthowitz 1000 B à 45, 1000 B à 40, 500 L à 10, Schlawitz 500 B à 40, Saarau 400 B à 35, Schmollitz 2000 B à 40, 5 E à 150, Satow 100 A à 25, Schlawitz 700 B à 55, 100 A à 25, Sülzingen 800 B à 35, Stalpinowen 100 A à 25, Striegau 2 E à 150, 50 B à 30, 800 B à 35, Schmelen 10 E à 50, 200 K à 10, Stettin 100 B à 30, 10 E à 150, 5000 B à 55, 10 E à 50, Segeberg 600 B à 50, 200 K à 10, Stargard i. M. 400 B à 40, Sandow 200 B à 30, Schönbürg i. M. 400 B à 45, 50 B à 70, 200 K à 10, Steinau 200 B à 35, Stuttgart 200 B à 30, 600 B à 25, Schwercin i. M. 200 A à 25, Schrebitz 1000 B à 55, Sternberg i. M. 200 B à 40, Schneidemühl 1000 B à 45, Swineminde 1000 B à 45, 800 A à 25, Schnebeck 200 A à 25, Straßburg i. Gifß 5000 B à 60, 800 B à 25, 500 A à 25, 5000 L à 10, Schönlitz 100 B à 40, Stabenfagen 800 B à 40, 100 B à 35, 100 A à 25, Streifen 200 B à 30, Schwerin a. b. Warthe 300 B à 40, 10 E à 150, 100 A à 25, Etzbe 10 E à 150, Saarmund 100 B à 60, Saalfeld 200 B à 35, Schmieberg 1000 B à 45.

Torgau 400 A à 25 A, 50 E à 50, 10 E à 150, Trebitz 5 E à 150, 100 B à 60, 100 B à 40, 300 A à 25, Tautenhain 100 B à 35, Travemünde 200 B à 55, Triefel 600 B à 35, 100 A à 25, Tugel 400 B à 35, Teterow 800 B à 40, Tangerhütte 200 B à 40, 5 E à 50, Tangermünde 800 B à 40, 400 B à 50, 200 K à 10, Torgelow 100 B à 40, 200 A à 25, 500 B à 45, Titz 200 B à 45.

Witten 200 B à 50 A, 100 B à 35, 100 L à 10, Witten 100 B à 60 A, 100 B à 70, 100 L à 25, Witzkau 50 B à 45, Witzershausen 50 B à 35, 50 B à 40, Witz 100 B à 40, 25 A à 25.

Wintzen a. b. M. 600 B à 50 A, 100 B à 60, 10 E à 50, Wittenburg 400 B à 40, Wreber 500 B à 65, 300 A à 25, 5 E à 150, Wittenburg 2400 B à 50, 200 B à 30, 200 A à 25, Wrebel 400 B à 65, 400 B à 75, Wringarode 50 A à 25, Wrensböden 200 B à 60, Wittenberg 1200 B à 50, Wittenburg 200 B à 40, 100 A à 35, Wittenberg 400 B à 40, Wittenburg 300 B à 40, 100 A à 25, Wolgast 600 B à 40, 100 A à 25, 100 E à 50, 5 E à 150, Würzburg 4000 B à 50, 400 B à 20, 800 A à 25, 7900 L à 10, Wülfer 400 B à 55, Westersleben 500 B à 50, 25 E à 50, Waldenburg i. S. 500 B à 30, Wrechen 200 B à 40, 10 E à 50.

Zahna 200 B à 35 A, 50 A à 25, Zabrge 50 E à 50, 1200 B à 45, 200 A à 25, Zerbitz 200 B à 30, 300 B à 45, Zeit 20 E à 150, Zerk 800 B à 50, Zwickel 100 B à 30, Zollen 1000 B à 45, 200 A à 25, Züllichau 100 B à 35, Zarentin 400 B à 40.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Fr. Krauß-Forsheim (Verb.-Nr. 342797), Karl Kröner-Forsheim (342486), Mich. Walz-Berlin (48214), Albert Benz-Berlin (4966), S. S. Dehrlin-Maing (198422), Ric. Brand-Maing (38866), Jof. Spillberger-Winden (425458), S. Wogenreiter-Winden (240861), S. Gammel-Seelen (415242), Albert Großhain-Seelen (415211), R. Gieseler-Seelen (188739), St. Wold-Seelen (188661), Fritz Jordan-Seelen (100650), Otto Wintler-Dresden (19678), Fritz Mohns-Königsberg (504900), Seb. Solaz-Sagen (395349), Gust. Zeit-Freiburg i. Br. (377963), Jof. Nisch-Bremer (290835), Otto Sachse-Gräfenhainichen (455268), Fr. Bahall-U-Gumbinnen (358559), Th. Rehr-Gottha (73708), Karl Dohler-Halberstadt (76282), Jof. Steller-Bremerhaben (148304), Jof. Wrede-Gallf. (130730), Andr. Stein-Schlafur (128277), F. Schill-Teterow (104090), Herm. Otto-Rosha (31912), Jof. Jof. Wittenberg (297255), Jof. Gieseler-Kaufbeuren (276941), Grafalp-Golzig (246265), Rud. Göttsche-Hamburg (204889), Frdr. Hat-Straßburg (376137), St. Semwal-Wiesbaden (49076); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Otto Drenkmann-Billingen (20713), Jof. Turba-Ghemitz (032775), St. Soutup-Ghemitz (302705), St. P. Rofe-Frankfurt a. M. (05781), Waden-Wedel (41789), Fr. Geyerbach-Neutlingen (14119), Otto Gemin-Peipzig (011615), Aug. Wauerle-Suttgart. (32128), Jof. G. Vogel-Schillingen (023484), R. Corredia-Augsburg (038760), St. Barwinsh-Weisau (3840).

Gefunden sind die Papiere des am 23. April 1868 zu Oberherten b. Jülich geborenen Kollegen Wilhelm Gent und die Mitgliedskarte des am 23. Februar 1873 zu Saan geborenen Kollegen Jakob Conrad. Weides ist bei uns abzuführen.

Ausgeschloffen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Markgrafische Fe: Franz Engelhardt (Verb.-Nr. 86 229), Wilhelm Gieseler (86 290); Herford: August Heberfeld (124884), Nawiß: Karl Wober (342 958); Solingen: Hann: August Wergenthal (227 018); Nürnberg: Ludwig Schöner (168 969), Otto Saller (480 589), Heinrich Saller (424 330).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschloffen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert ihren Verpflichtungen nachzukommen bzw. ihre Adresse anzugeben werden vom Zweigverein S a l z e die Paul Kirchmayer, geb. am 20. Juli 1889 zu Zolna (Karte-Nr. 29 086); Effen a. b. M. H. Vincent Drenka, geb. am 2. Juni 1862 zu Eudon, Nüßur Abel, geb. am 4. Juli 1877 zu Friedrichsthal; Gelle: Carl Wintler, geb. am 29. April 1853 zu Burg b. Magbob. (Verb.-Nr. 153 101); Sonderburg: Aug. Meyer (154 801), M. Wapne (376 916); Wreber a. b. M. Friedr. Alwin Stephan, geb. am 17. Februar 1868 zu Dresden (43841); Grafalund: E. Weinberg aus Swineminde (259360), Georg Nitzsche aus Egersdorf b. Strausberg (299 225), Walter Ruth aus Hammer (76 880), Johann Peters aus Hammer (76 861), Hermann Wilm aus Nibitz (27 958), Robert Nachtmann aus Weiersberg (36 792), Julius Cronau aus Königsberg (56 688), Heinrich Pitt aus Widdrow (Karte-Nr. 624); Solingen: Heinrich Meister, geb. 27. Juni 1881 zu Schlig (Karte-Nr. 038 291).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

Von der Agitation.

Beim Erscheinen dieser Nummer haben die meisten der angefertigten außerordentlichen Versammlungen statt. Damit ist eine große und wichtige Arbeit getan. Zwar ist sie nicht vollendet, aber doch angefangen und in die Bahnen geleitet, die uns zum Ziele führen. Der Zweck der Versammlungen war eine energische Aufrüttelung der Kollegen, die alle großen Ereignisse zu verschlafen pflegen, eine gründliche Klarstellung über das Verhältnis zwischen uns und den Unternehmern und eine von klarer Einsicht in die sachliche Notwendigkeit durchdrungene Stellungnahme zu der Verschmelzung mit dem Verbands der Bauarbeiter.

Die erstbeite Aufrüttelung ist, das muß zugestanden werden, nicht in dem Maße gelungen, wie wir gewünscht und erwartet hatten. In den Versammlungen hat nur in wenigen Ausnahmefällen mehr als die Hälfte der Verbandsmitglieder teilgenommen. Oft sank die Besucherzahl auf ein Drittel und ein Viertel herab, und in vereinzelt Fällen war sie noch geringer. Es ist also nicht gelungen, die große Mehrheit der Kollegen für die Versammlungen zu erwärmen, nicht gelungen, obwohl doch des Lebens Nöte wahrlich vernehmlich genug an die Türen der Kollegen pochen, obwohl die Zeiten für das Baugewerbe sehr ernst und wettbewerbsmangelnd sind und obwohl nicht nur von uns im „Grundstein“, sondern auch von den örtlichen Vorständen und in manden Fällen auch von der Parteipresse für die Versammlung.

gen agitiert worden ist. An Agitation kann gar nicht mehr getan werden, als diesmal getan worden ist. Und trotzdem blieben große Massen der Verbandsmittglieder unbewegt; die Beschwörungen, jetzt aufzusehen und den Segnern zu zeigen, daß wir auf dem Posten und zum Kampfe gerüstet sind, verhallen, von vielen ungehört oder doch unbedacht. Das ist eine bittere Wahrheit. Was soll das werden? Im nächsten Jahre, wenn die Entscheidung fällt, wenn ohne Kampf oder nach langem, erbittertem Ringen ein Frieden geschlossen wird, der wieder ein Bündel Arbeiterwünsche unerfüllt läßt, dann wird es anders sein. Dann werden wir die Massen sehen, auf die wir diesmal vergebens harrten; dann wird man vielleicht sehr schnell mit einem Verdammungsurteil über die Leitung bei der Hand sein und die Erregung wird schäumende Wellen schlagen, wie einst im Mai des Jahres 1908. Das ist die alte Untugend: Vorher die Aufklärung verschmähen und hinterher andern die Schuld an der eignen Enttäuschung aufbürden. Jedoch der Verband muß sich auch mit dieser Sachlage abfinden, und wenn man sich an die einmal gegebenen Tatsachen hält, dann wird man auch den jetzigen Versammlungen gerecht werden können, ohne ihnen etwas zu nehmen, was ihnen gebührt, und ohne ihnen mehr zu geben, als ihnen zukommt. Das wird man ja behaupten können und zugeben müssen: die Versammlungen haben zu einer nicht unbeachtlichen Belebung der Organisation beigetragen, ganz besonders in den mittleren und kleineren Orten, wo man im gewöhnlichen Lauf der Dinge nur selten einen auswärtigen Referenten hört. Die Belegung ist daran zu erkennen, daß die Versammlungen durchweg stärker besucht waren als die gewöhnlichen Mitgliederversammlungen. Was noch mehr als dieser stärkere Besuch das Urteil über die Versammlungen günstig beeinflussen muß, das ist die Aufmerksamkeit, das gespannte Interesse, womit die erschienenen Kollegen den Ausführungen der Referenten folgten. Die Darlegung der Entwicklung der Arbeitskämpfe in unserm Gewerbe, wo manches auch schon darüber gesprochen und geschrieben worden ist, fesselt immer wieder, erregt immer wieder das größte Interesse, weil eben die Ausblicke in die Zukunft dieser Entwicklung immer aktueller werden. Man wird nach der Lektüre der folgenden Einzelberichte sagen müssen, daß wir mit den Versammlungen selbst dort, wo nur ein Drittel der Kollegen erschienen war, ein gutes Aufklärungswort angefangen haben, nicht nur für unsere engere Berufssache, sondern auch für die allgemeine Arbeiterbewegung.

Darum wird das Thema der Versammlungen noch nicht so bald aus den Unterhaltungen der Kollegen verschwinden. Noch manche spätere Versammlung wird es weiter erörtern und dadurch die Einsicht fördern, die immer mehr ein Hauptfordernis bei unsern Kämpfen wird.

Das gleiche läßt sich von dem zweiten Thema, von der Verschmelzung mit dem Verbands der Bauhilfsarbeiter, sagen. Auch damit wird sich noch manche Versammlung weiter beschäftigen, und die Verhandlungen werden unter dem Einflusse der grundsätzlichen Momente stehen, die in den Referaten vorgebracht wurden. Soweit die vorliegenden Einzelberichte einen Überblick gewähren, hat die Kollegenchaft der Verschmelzung mit großer Mehrheit zugestimmt. Das Ergebnis dieser Abstimmungen muß natürlich auch für den Verbandstag maßgebend sein, so daß man nunmehr die Verschmelzung als gesichert betrachten darf. Ein genaues Resultat der Abstimmung ist jetzt noch nicht bekannt, da viele Zweigvereine die Abstimmungsprotokolle noch nicht eingeleitet haben; aber an der großen Mehrheit für die Verschmelzung wird nicht mehr viel geändert werden. Daß es in manchen Vereinen dabei zu scharfen Debatten gekommen ist, kann nicht überraschen; eher könnte die große Mehrheit für die Verschmelzung Verwunderung erregen, wenn man zurückdenkt, wie noch vor fünfviertel Jahren, vor dem Hannoverischen Verbandstage, die herrschende Meinung im Verbands darüber war. Die Verhältnisse sind hier die Lehrmeister der Organisation gewesen.

Alles in allem haben die Versammlungen bei weitem nicht das gehalten, was wir uns versprochen hatten und was man sich billig davon versprechen durfte; aber vergebens ist die Mühe nicht gewesen. Eine gute Teil der Kollegen ist von den kommenden Dingen unterrichtet, und wenn dieser Teil seine Aufgabe dahin aufsaßt, die gewonnene Einsicht weiter zu verbreiten und die Meinung der säumigen Kollegen im Sinne der eignen Meinung zu beeinflussen, so werden die Versammlungen immer noch die guten Wirkungen haben können, die sie haben sollten und müßten.

Gau Eöln.

In dem mir überbrachten Bericht haben 13 Versammlungen stattgefunden, und zwar in Rath, Wenzath, Hohwintel, Geresheim, Weibert, Ronsdorf, Schwelm, Neuß, Hilden, Walb, Ger-

born, Siegen und Olpe. In drei Orten, nämlich Ohligs, Kreuzthal und Niedersee, konnte keine Versammlung abgehalten werden, weil zu wenig Kollegen erschienen waren. In diesen Orten ist das Notwendigste mit den anwesenden Kollegen besprochen worden. In Ohligs soll die Versammlung am 16. Oktober stattfinden; dort war am Versammlungstage gerade Kirchweih, infolgedessen hatten sich nur vier Kollegen eingefunden. Allgemein konnte konstatiert werden, daß sich die Wirtschaftslage im Verhältnis zum vorigen Jahre etwas gebessert hat. Leider hat diese Besserung auf den Versammlungsbesuch wenig Einfluß gehabt; denn dieser hätte durchweg besser sein können. Für eine Anzahl Orte mag es zutreffen, daß der Versammlungsbesuch durch die große Ausdehnung der Zweigvereinsgebiete leidet; aber allgemein kann dies keine Bedeutung haben, ganz besonders nicht für Neuß, Geresheim, Wenzath, Hilden und Hohwintel. Diese sind abgeschlossene Zweigvereine und Rahlstellen, so daß man unbedingt mehr als 30 bis 35 Pst. der Mitglieder in den Versammlungen erwarten durfte. Man muß zu der Annahme neigen, daß eine große Anzahl von unsern Kollegen den Ernst der Zeit nicht begriffen hat; es ist daher notwendig, daß sie sich in Zukunft etwas mehr um ihre Organisation kümmern. Verschärfungsbefugte wird die Versammlung in Gerborn, dort waren von 45 Mitgliedern 33 in der Versammlung. Auch in Ronsdorf und Schwelm waren die Versammlungen gut. In den noch übrigen Orten bewegte sich die Besucherzahl zwischen 40 bis 45 Pst. der vorhandenen Mitglieder.

Bei der Erörterung des ersten Themas waren sämtliche Versammlungsteilnehmer davon überzeugt, daß in außerordentlichen Fällen auch außergewöhnliche Opfer in jeder Beziehung gebracht werden müßten. Nicht aber diese Notwendigkeit einer wesentlichen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im nächsten Jahre genommen werden. Mit Genugtuung stellte ich fest, daß die anwesenden Mitglieder die Situation begriffen hatten und in verschiedenen stimmungsbekundenden Diskussionen kam es auch zum Ausdruck, daß die Maurer Deutschlands sich ihre Positionen nicht nehmen lassen, sondern nach wie vor bestrebt sein würden, ihre erbärmliche Lage durch ihre Organisation zu verbessern, so wie es auch, was es wolle. Über den zweiten Punkt der Tagesordnung, die Verschmelzung, brauchte nach der Entwicklung des Tarifwesens und der Entwicklung im Baufache jeder nicht zu eingehend berichtet werden, wie dies bei dem ersten Punkt nötig war. Sehen unsere Kollegen doch täglich, wie die Verhältnisse sich gegen früher verändert haben. Hieraus ergab sich denn auch, daß in den 13 Versammlungen nur zwei Kollegen gegen die Verschmelzung stimmten und sich nur drei der Abstimmung enthielten. Alle übrigen haben sich im Prinzip für die Verschmelzung erklärt. *Albert Kreisohm.*

Das schöne Rheinland, das diesmal bei der großen Agitationstour für mich bestimmt war, hat in mir den Eindruck hinterlassen, daß die Unternehmer mit ihren Ausperrungsplänen hier auf schwierige und mutige Gegner stoßen werden, die nicht so leicht zu überwinden sind. Im Vergleich mit den vorjährigen Agitationsversammlungen, wie sie allgemein im „Grundstein“ geschildert wurden, kann man wohl sagen, daß die Verzagtheit und Mutilosigkeit der Kreislagen einer frisch-fröhlichen Kampfstimmung gewichen ist; daß die Kollegen an allen Orten den bevorstehenden Kämpfen im Baugewerbe ruhigen Blutes und voll sicherer Siegesüberzeugung entgegenstehen. Der Verschmelzungsbefugte in den meisten Orten hätte wohl besser sein können. Wenn man jedoch in Betracht zieht, daß sich fast alle Zweigvereine des Rheinlandes über eine große Anzahl zum Teil weit voneinander entfernten Ortschaften erstrecken, wenn man weiß, daß infolge der großen Entfernungen von Wauplatz, Wohnung und Versammlungsort die Versammlungen nicht vor 9 Uhr abends beginnen können, so ist ein verhältnismäßig geringer Versammlungsbesuch, wenn auch nicht zu rechtfertigen, so doch zu erklären. Es waren anwesend in Eöln 104 Mitglieder, Düsseldorf 150, Barmen 134, Elberfeld 66, Solingen 39, Greifelt 37, Neussfeld 74, Aachen 50. In den kleineren Orten werden gezählt: Bonn 18, Müllheim a. Rh. 28, Raik 17, Klipperfeld 24, Bierien 17, Gladbach-Reich 19, Lennep 13. Im ganzen nahmen an den abgehaltenen Versammlungen etwas über 800 Mitglieder unseres Verbandes teil. Die geplanten Versammlungen in Arweiler und Düren mußten leider ausfallen. In Arweiler war die Einladung nicht ordnungsmäßig erfolgt und in Düren, wo momentan wenig Arbeit vorhanden ist, fürchten sich nach den mir gemachten Angaben die Kollegen vor Maßnahmen durch die dortigen Unternehmer. Unsern Mitgliedern hatten sich in verschiedenen Orten auch eine Anzahl Bauhilfsarbeiter eingefunden, ein Beweis dafür, daß im Gau Eöln heute schon ein gutes Verhältnis zwischen dem Maurer- und dem Bauhilfsarbeiterverbande besteht. Dieses gesunde Verhältnis ist denn auch bei der Abstimmung über die Verschmelzungsfrage sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Von den genannten an der Abstimmung beteiligten Mauern stimmten nur 13 gegen die Verschmelzung. Die meisten Versammlungen verliefen in höchster Ordnung. Einige unläure Köpfe, die sich zu den Anarchos zählen, fügen eine der Tatsache bekannten Beantwärtigen an und verapfen nach bestimmten Mustern anarchoistischen Wackel aller Art. Ein gewisser Dindner propagierte den Generalstreik und empfahl z. B. die Verschmelzung sämtlicher Gewerkschaften (um dann die vereinigte Verbandsklasse in einem Machtkampf wie Stimmstichau z. einmal gründlich leeren zu lassen). Es ist nur zu bedauern, daß die Düsseldorf-Kollegen sich die Versammlung von solchen Querulösen verlernen lassen; denn wie mir gefagt wurde, ist eine beartige Diskussion in Düsseldorf nichts Neues mehr. In einigen andern Orten war auch der althergebrachte Punkt „Verschiedenes“ mit auf die Tagesordnung gesetzt worden. Allein es zeigte sich in einzelnen Orten, daß dies bei beratigen Agitationsversammlungen nicht zweckmäßig ist. Die Debatte verliert sich in Kleinigkeiten und dadurch wird die Wirkung des Referats über die großen, ersten Fragen bedeutend abgeschwächt. Im großen und ganzen bin ich mit dem Resultat dieser Tour zufrieden; ich bin überzeugt, daß die rheinischen Kollegen im Ernstfall ihren Mann stellen werden. *Geinrich Stolle.*

Gau Danzig.

Die mir übertragene Agitation erstreckte sich über Teile von vier Provinzen: Pommern, Ost- und Westpreußen und Posen. Ich ging mit sehr gemäßigten Gefühlen in diese Landesteile, muß aber ehrlich gestehen, daß ich, abgesehen von einzelnen wenigen Versammlungen, sehr angenehm enttäuscht worden bin. Im Osten ist es, obwohl nicht allgemein aufreißend, aber doch um sehr vieles besser geworden. Ich habe gefunden, daß in den Zweigvereinen, die ich besucht habe, recht ernsthafte und pflichtbewusste Kollegen an der Spitze stehen, die es sich angelegen sein lassen, die Organisation zu fördern und auf die Höhe zu bringen. In der Zeit vom 26. September bis 10. Oktober sind 18 Versammlungen abgehalten worden. Im Versammlungsbefugte stand Königsberg an erster Stelle, ihm folgen nacheinander Danzig, Graudenz, Bromberg, Elbing, Stolz, Thorn, Marienburg, Elblitz, Osterode, Marienwerder, Deutsch Eylau, Gohlershausen, Sensburg, Memel, Maffenburg, Röhren und Wittenberg. Im allgemeinen waren die Versammlungen nicht schlecht besucht, abgesehen von einigen Ausnahmen, wo eigenartige örtliche Verhältnisse miffrägen. Die Arbeitslosigkeit ist in den meisten Orten sehr zurückgegangen; in einigen Städten wird die Arbeit noch etwa 14 Tage andauern, dann müssen die Kollegen in die Winterquartiere abziehen. Die Lokalverhältnisse sind fast überall sehr schlecht; die Kollegen müssen sich mit den primitivsten Versammlungsräumen begnügen, die dazu oft nur für schweres Geld zu haben sind. In mehreren Städten bestehen noch Reste der alten Zunftorganisation, die Gesellenbrüderschaften, deren Mitglieder, soweit ich in Erfahrung gebracht habe, fast ausnahmslos auch Mitglieder unseres Verbandes sind, mit Ausnahme von Thorn, wo von etwa 50 Mitgliedern der Brüderschaft nur 15 unserm Verbands angehören. In Thorn besteht auch noch als dritte Organisation der polnische Berufsverband, dem auch etwa 80 Maurer als Mitglieder angehören. Als ein Hindernis für unsern Verband habe ich die Brüderschaften in keinem Orte gefunden, die Kollegen hängen eben gern an den alten überlieferten Sitten. Die Anträge der Marienburger Brüderschaft sollen nach einem alten, angeblich noch vorhandenen Siegel in das Jahr 1811 fallen. Ein recht ehrwürdiges Alter. (Das ist nicht unabweisbar, denn Marienburg wurde 1274 vom Deutschen Orden als Feste, zur Sicherung des Verkehrs auf derogatstraße angelegt. Die am Anfange des 14. Jahrhunderts dort aufgeführten bedeutenden Bauten mögen schon ein reiches Zunftleben geschaffen haben. D. Red.) Doch die immer mehr sich verbreitende, und immer mehr sich festigende moderne Organisation wird mit der Zeit auch der alten Zunftorganisation ihr unabwendbares Ende bereiten. Für die Verschmelzung unseres Verbandes mit dem Bauhilfsarbeiterverbande habe ich nur wenige Orte gefunden, in denen die Notwendigkeit einer Verschmelzung richtig beurteilt wurde, und zwar Stolz, Wittenberg, Röhren, Sensburg, Osterode, Deutsch Eylau, Gohlershausen und Thorn. In allen andern Orten wurden mehr Stimmen gegen, als für die Verschmelzung abgegeben. Von 988 zur Abstimmung erschienenen Mitgliedern stimmten 396 für die Verschmelzung und 588 dagegen, bei 24 Stimmenthaltungen, eine Stimme war unglücklich. In Memel und Maffenburg wurde die Abstimmung auf die nächste Mitgliederversammlung vertagt. Die Gründe, die gegen die Verschmelzung angeführt wurden, waren verschiedene. Die einen meinten, es ist noch zu früh, die andern, es würde dann kein Unterschied mehr zwischen Maurer und Bauarbeiter sein, wieder andere meinten, es würde gar nicht möglich sein, mit den Bauhilfsarbeitern in einer Organisation zusammenzuleben; noch so manche andere Gründe wurden angeführt. Fast überall aber wurde die Meinung vertreten, Maurer bleibt Maurer und Arbeiter bleibt Arbeiter und jeder in seiner Organisation. Offenbar, daß der nächste Verbandstag die richtige, der Organisation zweckdienliche Entscheidung trifft. *G. Kupke.*

Gau Dresden.

Bei der gut ausgebauten Organisation im Gau Dresden hoffte ich auf einen guten Versammlungsbesuch. Es zeigte sich aber, daß meine Erwartung etwas optimistisch war. Die Versammlungen wiesen, mit wenigen Ausnahmen, nicht den der wichtigen Tagesordnung entsprechenden Besuch auf. In einigen Orten wurde der schwache Besuch der Kartofelekte zugesprochen, in fast allen andern Orten aber wurde gelagt: „Wir haben in der Agitation das möglichste getan, aber die Leute sind nicht in die Versammlung zu bringen; wenn die Lohnbewegung kommt, sind sie alle wieder in der Versammlung.“ Man kann nicht sagen, daß dieser Standpunkt den Kollegen zum Ruhm gereicht. Als schwacher Entschuldigungsgrund kann gelten, daß eine große Anzahl Kollegen weit vom Versammlungsort in Arbeit steht. Die Versammlungsbefugter waren fast durchweg intelligente Kollegen, denen man es anmerkte, daß sie den Kern der Organisation bilden. Gut besucht waren die Versammlungen nur in drei Orten: Freiberg, wo fast sämtliche deutschen Kollegen erschienen waren (die Thüringer besuchen die deutschen Versammlungen nicht), Pirna, wo nur wenige Kollegen fehlten, und Radeberg. In letzterem Orte ist keine Arbeit vorhanden, dagegen herrscht in dem eine Stunde davon entfernten Orte Arnstorf eine rege Bautätigkeit. In Arnstorf steht den Kollegen leider kein Versammlungsort zur Verfügung, weshalb sie nach Arbeitschluß den einstufigen Weg nach Radeberg zurücklegen. Meine Ausführungen wurden überall beifällig aufgenommen, eine Diskussion über den ersten Punkt der Tagesordnung fand fast nirgends statt. Der zweite Punkt: Verschmelzungsfrage, war etwas fahlgiger. In Dresden und Umgebung wird von den Stein- und Mörtelträgern leider viel in Afford gearbeitet, während unsere Kollegen sich löblicherweise mit allen Mitteln gegen die Affordarbeit wehren, und zwar mit sehr gutem Erfolg. Daraus resultiert nun eine gewisse Verzagtheit zwischen den beiden Berufen, die es mit sich bringt, daß unsere Kollegen für eine Verschmelzung nicht

besonders begeistert sind. In der Diskussion wurde dies auch wiederholt scharf hervorgehoben, obwohl die von mir angeführten Gründe für die Verschmelzung allgemein als richtig und überzeugend anerkannt wurden. Die Diskussionstrebener, mit Ausnahme einiger bekannter Stänker, hielten sich in durchaus sachlichem Rahmen. Bei der Abstimmung, die teils durch Stimmzettel, teils per Affirmation vorgenommen wurde, entschied sich die überwiegende Majorität der Kollegen für die Verschmelzung der beiden Verbände. Insgesamt waren 908 Kollegen in den Versammlungen anwesend, und zwar in Offen 29, Nies 43, Großenhain 44, Weissen 43, Freiberg 76, Dresden 400, Pottschappel 19, Rössenbrada 29, Gottscheuba 30, Pirna 42, Maderberg 52, Kamenz 32, Sebnitz 36, Mägeln 23 und Königstein 11. Für die Verschmelzung wurden 566 Stimmen abgegeben, dagegen 232; 110 Kollegen enthielten sich der Abstimmung. Was die Konjunkturen anbelangt, so ist in allen Orten ein bedeutender Aufschwung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen; jedoch ist in Weissen, Freiberg, Pirna und Kamenz gegenüber dem Frühjahr eine kleine Abflachung erfolgt. Der vom Parteitag beschlossene Schnapsbottich (in einzelnen Orten auch der Bierbottich) wird im allgemeinen in anerkannter Weise durchgeführt. In einigen Versammlungen wurden fast durchweg nur alkoholfreie Getränke konsumiert, ein Umstand, der im Interesse der Allgemeinheit wie auch des einzelnen Kollegen nicht hoch genug anzuschlagen ist. **F. Partl.**

Gau Erfurt.

Die erste Versammlung fand in Wölflis statt; anwesend waren 39 Mitglieder. Gegen die Verschmelzung wurden Einwände nicht erhoben, sondern ihr einstimmig zugestimmt. Die für Pold a angelegte Versammlung konnte nicht abgehalten werden; der Zweigvereinsvorstand hatte sie eine Woche später einberufen. In Weimar war die Versammlung leiblich besucht. Der Verschmelzung wurde allgemein zugestimmt. Die Versammlung in Schmalkalden war von 22 Kollegen besucht, zumeist von Ländlern. Die Maurer sind nur zu einem geringen Teil organisiert. Die Abstimmung über die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband konnte nicht erfolgen. Nach Beendigung des Referats verließen die Leute das Lokal, um mit der Eisenbahn nach Gotha zu fahren. In Coburg war die Versammlung schwach besucht. Hier war für die Verschmelzung nicht viel Begeisterung vorhanden. Von 22 abgegebenen Stimmen waren 13 für und 7 dagegen; zwei Stimmzettel waren ungültig. Die Versammlung in Sonneberg war auch schlecht besucht. Der Verschmelzung wurde auch hier nicht allgemein zugestimmt. Von 22 Anwesenden stimmten nur 13 dafür. In Rudolfsbad war die Versammlung etwas besser besucht. Das meiste Interesse erregte hier die Verschmelzung. Von 36 Anwesenden stimmten 19 gegen und nur 14 für die Verschmelzung, 3 wußten überhaupt nicht, was sie tun sollten. Aus der Diskussion war zu entnehmen, daß die Leute glauben, sie müßten durch die Verschmelzung höhere Beiträge zahlen. Zu besetzen waren sie nicht. Die Camburger Versammlung war von nur 7 Personen besucht, die andern Mitglieder waren auf dem Kartoffelfeld. Eine Abstimmung über die Verschmelzung erfolgte nicht. Die Anwesenden erklärten, dafür zu sein. In Tumbach ist zurzeit Streik. Die Versammlung war von 35 Kollegen besucht, die einstimmig für die Verschmelzung waren. Die Versammlung in Wankenburg war wegen Regenwetter, das den ganzen Tag über angehalten hatte, schlecht besucht. Die Verschmelzung fand hier keinen Widerpruch; die Bauarbeiter sind zum Teil schon Mitglieder unseres Verbandes. In Willstedt war die Versammlung auch schlecht besucht. Von 65 Mitgliedern waren nur 17 erschienen. Der Verschmelzung wurde einstimmig zugestimmt. Die letzte Versammlung sollte in Artern stattfinden; leider fehlten auch hier wieder die Mitglieder. Von etwa 60 waren nur 7 erschienen. Die Organisation zählt hier etwa 50 pzt. der am Orte beschäftigten Maurer. Die Frage der Verschmelzung wurde nicht besprochen. Die Versammlungen in Eisenach, Ruhla, Salzungen und Waltershausen zu besuchen, war mir nicht möglich. In Zeitz hatten die Unternehmern über 300 Mitglieder ausgeperrt, weshalb ich es für notwendig hielt, nach dort zu reisen. Die Referate in jenen Versammlungen abgehalten, hatte der Kollege Leube-Gotha freundlichst übernommen. **G. Jacob.**

In den 16 Versammlungen, in denen ich gesprochen habe, ließ der Versammlungsbesuch überall sehr zu wünschen übrig. Die Versammlungen waren durchschnittlich von nur 40 pzt. der in Betracht kommenden Mitglieder besucht. Am ersten Versammlungstag sollte ich in Eltitz und dem so herrlich gelegenen Bad Sachsa sprechen. Beide Versammlungen waren schlecht besucht. Und wie viele, so waren auch noch andere Versammlungen schlecht besucht. In dem so roten Frankenhäusen a. S. mußte die Versammlung wegen ungenügender Besuches sogar ganz ausfallen. Nur fünf Mitglieder hatten sich hier eingefunden. Am besten waren die Versammlungen in Mühlhausen, Gotha, Weida und Jena besucht. Von der Versammlung in Erfurt hatte ich mir vorher viel versprochen; hier glaubte ich durch guten Besuch für manche schlecht besuchte Versammlung entschädigt zu werden. Ich wurde aber in meiner Voraussetzung stark getäuscht. Im Verhältnis zu den Mitgliedern wurde die Durchschnittszahl hier lange nicht erreicht. In allen Orten mußte ich die stereotypen Entschuldigungen hören: „Die Kollegen sind alle mit der Kartoffelernte beschäftigt.“ Für viele Kollegen wird dies auch ein triftiger Entschuldigungsgrund gewesen sein. Ich habe aber andererseits auch den Eindruck gewonnen, daß oftmals die reine Interesslosigkeit der Grund zum Fernbleiben von den Versammlungen war. Wenn die Kollegen die paar Sonntage und das schöne Wetter an den Wenden wahrnehmen, um die Ernte zu besenden, so kann man dies kein Mensch verargen. Aber in der letzten Woche, wo fast überall bis 8 Uhr abends gearbeitet wurde, war bei Feierabend auch die Dämmerung eingetreten, so daß die Kollegen, wenn

sie nach Hause kamen, an irgend eine Arbeit auf dem Felde nicht mehr denken konnten. Trotzdem bekamen aber die Kartoffeln, teilweise auch die Pfämen die Schuld an dem schlechten Versammlungsbesuch. Der in Aussicht stehende Verschmelzung mit dem Bauhilfsarbeiterverband wurde ohne Ausnahme mit größerer oder kleinerer Majorität zugestimmt. Nur in Langensalza trat man mit recht sachlichen Gründen gegen die Verschmelzung ein. Nachdem ich aber den Kollegen die Sachlage ihrer Gründe klargelegt hatte, erklärte sich auch in diesem Zweigverein die Majorität für die Verschmelzung. Das zahlenmäßige Resultat der Abstimmung lasse ich hier fehlen, weil diese Zahlen keineswegs ein Spiegelbild über die Stimmung und die Ansicht der Kollegen geben. In der vorgeschriebenen Abstimmung haben sich auch nicht annähernd die Hälfte der Versammlungsbesucher beteiligt. Alle Versammlungen wurden verhältnismäßig spät einberufen. Zunächst war auf die außerhalb wohnenden Kollegen Rücksicht genommen und die Versammlungen recht früh (gleich nach Feierabend) angesetzt. Die im Versammlungsort wohnhaften Kollegen liegen aber überall recht lange auf sich warten; denn sie hatten nach Feierabend erst ihre Wohnungen aufgesucht, wodurch die Versammlungen dann erst spät eröffnet werden konnten. Wenn ich dann mit meinem Referat fertig war — mit Rücksicht auf diese Verhältnisse hatte ich beide Vorträge zu einem vereinigt — dann waren die auswärtigen Kollegen auch durch die eindringlichsten Ermahnungen des Vorstehenden nicht zu bewegen, erst noch die Abstimmung abzuwarten. Raum war mein letztes Wort gesprochen, da wurde der Ruf laut umgeschallt und hinaus ging's zum Tore oder dem Bahnhof zu. Darum hat auch überall nur ein winziger Bruchteil der Versammelten seine Stimmen abgegeben. Der Vortrag wurde überall aufmerksam verfolgt. **Hugo Kober.**

Gau Frankfurt a. M.

In vielen Lohnbezirken dieses Gaues ist die Krise leider noch nicht überwunden. Die Bautätigkeit ist äußerst schlecht und die Zahl der Beschäftigten nur sehr gering. Dies trifft besonders für Schwesweg, Cassel, Gießen, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Kreuznach und Coblenz zu. Die schlechte Bautätigkeit beeinflusst natürlich in hohem Maße den Versammlungsbesuch. Meine Erwartungen waren von vornherein nicht hoch gespannt, und trotzdem erlebte ich in manchem Ort noch eine Enttäuschung. So waren in Schwesweg von 250 Mitgliedern ganze zwölf erschienen. Wenn die Kollegen auch nicht in der Stadt, sondern auf den Dörfern wohnen, so wäre das Opfer von einigen Stunden an einem Sonntage sicher nicht zu groß gewesen. Das gilt auch für einige andre Orte, wie Wschaffenburg, Großzimmern und Coblenz. In Cassel erwies es sich als ein Fehler, daß die Versammlung gleich nach Feierabend stattfinden sollte. Statt in die Versammlung waren die Randkollegen zur Bahn gegangen und nach Hause gefahren. Ein Vortritt muß den Kollegen im Zweigverein Mainz gemacht werden. Die Versammlung sollte ebenfalls gleich nach Feierabend liegen, aber gegen 6 1/2 Uhr waren erst einige Vorstandsmitglieder erschienen; die Mitglieder fehlten. Es wurde schon verlangt, die Versammlung überhaupt nicht abzuhalten. Später kamen dann noch einige Kollegen sowie eine kleine Zahl Bauarbeiter hinzu, so daß wir doch noch das Wesentlichste erledigen konnten. Die Versammlungen in Wschaffenburg, Mainz und Kreuznach waren zusammen mit dem Bauarbeiterverband einberufen. In Wiesbaden litt die Versammlung unter dem schlechten Wetter, es hatte den ganzen Tag heftig geregnet, so daß bereits am Vormittag die Arbeit eingestellt wurde und die Kollegen nach Hause fuhren. In einigen Orten waren neben und nach uns noch andere Veranstaltungen vorgesehen, die unsere Versammlungen störten. So sollte in Kreuznach nach unserer Versammlung im selben Lokal eine Volksversammlung stattfinden. Raum hatten wir begonnen, da fing das Räten an und wir mußten deshalb unsere Versammlung abbrechen und vorzeitig beenden. In Weilburgs Odersbach hat sich die Arbeiterkassette ein eigenes Lokal gebaut. Darin war zu gleicher Zeit eine Schillerfeier veranstaltet. Neben unsern Kollegen fanden sich deshalb Frauen, junge Burshen und Mädchen ein. Diese hatten natürlich für unsere Berufsangelegenheiten sehr wenig Interesse, sie wollten sich unterhalten und amüsieren. Es war deshalb ein fortwährendes Aus- und Eingehen, so daß ich oft kaum durchbringen konnte. Da in diesen Orten den Arbeitern nur ein Lokal zur Verfügung steht, so ist an solchen Dingen schwer etwas zu ändern. Trotz mancher Widrigkeiten haben aber doch alle 18 angebotenen Versammlungen stattfinden können. Im Frankfurter Bezirk, wo es mit der Arbeitslosigkeit besser bestellt ist, waren die Versammlungen recht gut besucht und herrschte ein viel frischerer Geist. In Frankfurt selbst fanden zwei Versammlungen statt. Der Saal des Gewerkschaftshauses war überfüllt; auch die zweite ist gut besucht gewesen. Als ein arger Mißstand muß es bezeichnet werden, daß viele Kollegen nicht bis zum Schluß der Versammlung ausbarren. So haben in Cassel 80 Kollegen und in Offenbach 71 Kollegen vor der Abstimmung das Lokal verlassen. Das Referat wurde überall beifällig aufgenommen. Die Diskussion war gering und hielt sich meist im aufstimmenden Sinne. In einigen Orten stand die Diskussion nicht auf der Höhe. So wurden in Cassel sehr wenig stichhaltige Gründe gegen die Verschmelzung vorgebracht. Das soll sonst in Cassel anders sein. In Wschaffenburg wertete ein Bauarbeiter gegen die Verschmelzung. Grund hierfür war, daß bei der schlechten Beschäftigung einige Maurer mit Gade und Einkauf für Bauarbeiterlohn arbeiten. Dem Kollegen schien es lieber zu sein, daß die arbeitslosen Maurer Frau und Kinder hungern lassen, bevor sie als Arbeiter sich Brot verdienen. Bei der Abstimmung stimmten denn die Maurer mit großer Mehrheit für die Verschmelzung, die Bauarbeiter mit 16 gegen 9 Stimmen dagegen. Im großen und ganzen zeigte sich in allen Orten, daß unsere Kollegen den Wert der Verschmelzung begriffen haben. In acht Orten stimmten die Kollegen einstimmig dafür, in sechs Orten stimmten zusammen 22 Kollegen gegen die Verschmelzung, 32 Kollegen haben sich der Abstimmung

enthalten und 104 hatten vor der Abstimmung die Lokale bereits verlassen. Die Versammlungen waren im ganzen von 2002 Kollegen besucht. **R. Gortler.**

Gau Hannover.

Die Agitation erstreckte sich auf 16 Zweigvereine mit insgesamt 3008 Mitgliedern. Der Versammlungsbesuch ließ trotz der Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Punkte viel zu wünschen übrig. Nur 686 Mitglieder hatten es für nötig befunden, die Versammlungen zu besuchen. Dies Resultat läßt alles andre, nur keine Befriedigung aus. Die besten Versammlungen fanden in Göttingen, Braunschweig und Walsrode statt. In Göttingen waren von 500 Mitgliedern 202, in Braunschweig von ungefähr 400 für die Versammlung in Betracht kommenden Kollegen 148 und in Walsrode, wo die Maurer in der 29. Woche im Streik stehen, von 20 am Orte noch anwesenden Kollegen alle zur Versammlung erschienen. In den übrigen Orten war der Besuch zum Teil nicht einmal mittelmäßig. Im einzelnen ergibt der Versammlungsbesuch folgendes Bild (die eingeklammerten Zahlen geben die Mitgliederzahl an): Helmstedt 22 (170), Königslutter 10 (96), Wolfenbüttel 22 (140), Peine 32 (148), Lehrte 28 (51), Silbsheim 41 (342), Goslar a. S. 23 (90), Herzberg a. S. 15 (80), Northeim 17 (173), Sarstedt 24 (80), Wilsen a. d. Aller 19 (57), Einbeck 47 (163), und Calfeld 30 (90). Für die Verschmelzung sprachen sich die Versammlungen in Königslutter, Peine, Herzberg, Northeim, Wilsen, Einbeck und Calfeld einstimmig aus, während die Versammlungen in Wolfenbüttel mit 112 gegen 9 Stimmen und 3 Enthaltungen, in Braunschweig mit 112 gegen 36, in Lehrte mit 25 gegen 9, in Goslar mit 15 gegen 6, in Göttingen mit 196 bei 6 Enthaltungen, in Sarstedt mit 17 gegen 7, und in Walsrode mit 18 gegen 2 Stimmen für die Verschmelzung votierten. In Silbsheim sprach sich die Versammlung mit 29 gegen 10 Stimmen und 3 Enthaltungen gegen die Verschmelzung aus. Dies Resultat ist die Folge des gespannten Verhältnisses zwischen Maurern und Bauhilfsarbeitern, eine Erscheinung, die leider nicht bereinigt beseitigt. Die Stimmung war in allen Versammlungen ruhig und fest. Überall bringen die Kollegen der kommenden Bewegung das höchste Verständnis entgegen. Deshalb ist zu hoffen, daß uns das nächste Jahr trotz alledem gestärkt findet. **F. Lübbring.**

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

Vorläufiges Ergebnis der Arbeitslohnzählung im Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zähltag: Sonnabend, den 25. September 1909.

Landesstell.	Zahl der		Von den Befragten			
	Mitglieder	Befragten	Arbeitslos	Wartungslos	Wartungslos	Arbeitslos
Provinz Brandenburg	21117	20455	18019	1711	2	728
Provinz Posen, Ols und Westpreußen	7166	6914	6061	739	3	111
Provinz Pommern	5130	4859	4485	299	—	76
Provinz Schlesien	10089	9726	9474	92	3	156
Provinz Sachsen und Anhalt	15487	14790	13559	717	249	271
Provinz Slesien-Ober- und Grob. Slesien-Darmstadt.	11428	10873	9885	755	—	283
Provinz Westfalen u. Friesland	8887	8445	8041	269	3	132
Rheinprovinz	7448	6989	6559	276	1	153
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogt. Oldenburg und Bremen	14291	13544	12728	577	20	324
Provinz Schleswig-Vollstein, Hamburg und Albed.	11946	11498	11007	277	7	207
Königreich Bayern	13206	11974	11839	364	18	253
Königreich Sachsen	26630	22872	21223	692	65	492
Königreich Württemberg	3242	2762	2628	76	109	69
Großherzogtum Baden, Elsaß-Lothringen und Rheinpfalz	8274	6944	6402	344	—	198
Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin u. Meckl.-Strelitz	3412	3332	3129	112	17	74
Thüringische Staaten	5872	5481	5044	85	239	113
Deutsches Reich insgesamt	173290	161337	149632	7385	736	3534

Von den Befragten fanden am Zähltag in Arbeit 92,92 pzt., arbeitslos waren insgesamt 7,23 pzt., davon wegen Arbeitsmangels 4,58 pzt., wegen Witterungsverhältnisse 0,46 pzt. und erwerbsunfähig wegen Krankheit 2,19 pzt. 124 Zweigvereine haben trotz Mängeln die Berichtsbogen nicht eingeleitet.

Darmen-Oberfeld. Das Verhalten der Zimmerer während unseres diesjährigen Streiks in Welsert, Künzelsheim und Seilsenhaus, sowie auch jetzt während unserer Sperre über die Lungenheilstätte in Aprath fordert vom Standpunkte unserer gemeinschaftlichen Interessen zur schärfsten Kritik heraus. Während sich hier die Maurer und Bauhilfsarbeiter in elendigem Kampfe mit einem

zweifelhafte Unternehmertum und den Streifbrechern herumschlagen, haben unsere Kameraden Zimmerer mit beschränkter Armen zu. Warum etwa? Gatten die Zimmerer vielleicht geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen, oder hielten sie ihre Kraft nicht für ausreichend, um sie mit Aussicht auf Erfolg für eine gemeinschaftliche Sache in die Waagschale zu werfen? Kurzum: was hatten sie eine geregelte Sache, sie hätten genau so unter den miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie wir. Der Stundenlohn betrug 50 bis 60 P., die Arbeitszeit nach Unternehmerwillkür 10 1/2 bis 11 Stunden. Es lag also für sie alle Veranlassung vor, mit uns zu gehen, um in das Verberische Gebiet Dreihe zu legen. Unser Auffassung war, dass wir sie auch dazu in den Lage. Nach unserer Feststellung waren von den 22 in Verber und Heiligenhaus beschäftigten Zimmerleuten 16 organisiert. Am Schulneubau in Heiligenhaus, wo die Maurer sämtlich freitren, wäre die italienische Streifbrecherkolonne sehr bald fertig gewesen, wenn nicht organisierte Zimmerleute zuerst die Baustellen und später auch das Dach fertiggestellt hätten. Diese Kameraden waren es auch, die dem Unternehmer Weder in Verber während des Streiks das Dachwerk auf einen großen Schulneubau herstellten, bezoglichen auch bringende Arbeiten an einem Saal in der Poststraße. Beim Unternehmer Kellerer in Verber hätte der Keller die Arbeit für fünf Bauten allein machen müssen, wenn die Zimmerer getreift hätten. An dem Wirtschaftsbau Schipperbusch, der um jeden Preis beschleunigt werden mußte, wurde alle Zimmerarbeit von Organisierten gemacht. Nur beim Kröbus von Verber, beim Unternehmer Krüger, wären vielleicht vier Streifbrecher stehen geblieben; die übrigen hätten durch eventuelle Arbeitsniederlegung die Firma in Verlegenheit gebracht. Unsere Kollegen hat die Handlungsweise der Zimmerer sehr verdrossen und wir können auch heute noch nichts anderes sagen, als daß die Zimmerleute die Solidarität verlernt haben. Die Arbeiterkraft Verber's, hauptsächlich Metallarbeiter, sah mit großem Interesse auf unsere Bewegung, die in ihrem Anfange durchaus günstig stand. Die Zimmerleute sagten selbst, daß sie sich von Streifbrechern vorläßen, und in Heiligenhaus haben in der Tat einige jüngere Zimmerer die Arbeit verweigert, sie wollten dem Italienergefehl keine Balken legen. Aber von der Leitung in Düsseldorf wurden diese jugendlichen Regungen erstickt. Der Bezirksleiter Janßen sagte die ganze Situation in den Satz zusammen: Wo haben denn die organisierten Maurer schon mal die Arbeit niedergelegt, wo arbeitswillige Zimmerleute waren? Also Janßen sagt die Sache so auf, als ob die Zimmerer den Maurern eine kleine Gefälligkeit erweisen sollten. Nein, um ihrer selbst Willen sollten sie nicht. Wichtig ist so wie in den genannten Orten, in denen wir freitren, liegt es zurzeit in Verber. Unsere Kollegen verließen sämtlich, über 30, den Neubau der Lungenheilstätte, um dort den Elberfelder Tarif zur Anerkennung zu bringen. Es ist dies ein größerer Neubau, er liegt unweit Wohnwinkel und es arbeiteten dort nur Wohnwinkel und Elberfelder Kollegen. Die Kollegen mußten jeden Tag die Bahn benutzen, und so ist es doch befreit, wenn sie verlangten, daß hier wie in Wohnwinkel und Elberfeld um 1 Uhr angefangen wird usw. Die Verbände der Maurer, der Hilfsarbeiter sowie auch der Christlichen, die in Verber gemeinsam freitren, waren sich auch hier in ihren Maßnahmen einig. Nur den organisierten Zimmerleuten war die Sache nicht klar. Es gingen Zimmerleute nach Elberfeld zum Vorstand und legten ihm die Sache klar, dieser verwies sie nach Düsseldorf, und es bleibt alles hübsch beim alten. Der Firma Köhler & Reike aus Haan gelang es mit wechselndem Glück, italienische Streifbrecher zu bekommen, einmal sogar 60 Mann. Mehrzahl zog bald wieder ab, zurzeit sind noch sieben Mann da. Die Zimmerleute haben während unfres jetzt schon elf Wochen dauernden Streiks permanent gearbeitet. Es sind jetzt neun organisierte Zimmerer dort beschäftigt und keine unorganisierten. Der Stundenlohn beträgt 50 bis 60 P., während im nahen Wohnwinkel 60 P. gezahlt werden. Hätten hier die Zimmerleute mit uns gemeinsame Sache gemacht, so hätte die Firma bald kapitulieren müssen. Diese Handlungsweise der Zimmerer geschieht zu einer Zeit, wo in allen Zeitungen Zimmerleute gesucht werden, sogar in der Parteipresse. Wären sich die Instanzen, die es angeht, mit dieser Sache befaßt, damit solch unberzähliche Fehler nicht wieder vorkommen.

Anmerkung der Redaktion: Ohne auf die sachliche Bezeichnung der in diesem Bericht vorgebrachten Beschwerden näher eingehen, müssen wir feststellen, daß unser Kollegen nicht den richtigen Weg gewählt haben, um das herbeizuführen, was sie für notwendig hielten. Sie hätten sich mit ihrem Anliegen an unseren Vorstand wenden müssen, der dann, wie es der Kartellvertrag vorschreibt, bei dem Vorstand des Zimmererverbandes die erforderlichen Schritte unternommen hätte.

Berlin. In welcher Weise Arbeiter, die für die Innehaltung der Bauarbeiterbestimmungen eintreten und grobe Verstöße gegen diese zur Anzeige bringen, seitens des Beauftragten des Unternehmers behandelt werden, zeigt folgender Vorfall, der sich am 8. Oktober auf dem Neubau der Firma Schwentzin, Neuer Markt, abgespielt hat. Der Bau ist bis zur dritten Etage hochgemauert, aber keine Etage ist vorchriftsmäßig abgedeckt. In der ersten und zweiten Etage arbeiten die Wölber und Einhälter der Steinbauwerkfirma Kleinert & Behrend, stets in Gefahr, von einem herabfallenden Stein getroffen zu werden. Auf wiederholtes Vorstellwerden beim Keller mit dem Verlangen, doch für eine ordnungsgemäße Abdeckung der Etagen zu sorgen, wurde nichts getan. Den Steindeckerarbeitern blieb weiter nichts übrig, als zwei Einhälter zu beauftragen, bei der Polizei vorstellig zu werden, damit diese den Keller oder die Firma zur Einhaltung der Bauarbeiterbestimmungen anhalten konnte. Es erschien dann auch ein Wachmeister auf dem Bau und nahm mit dem Keller Rücksprache; getan wurde jedoch auch jetzt gegen den Missetäter nichts. Die Arbeiter wandten sich nun mit ihrer Beschwerde an das Bureau der Infsall-Berufsgenossenschaft, worauf ein Beamter der Berufsgenossenschaft erschien und feststellte, daß auf dem Bau von Abdeckung überhaupt keine Rede war. Gleichzeitig beauftragte er den Keller, sofort die Abdeckung der Etagen vorzunehmen. Dies war nun dem sogenannten Maurer-Keller zu viel. Er wies die beiden Einhälter sofort vom

Bau, als er entweder durch den Wachmeister oder den Beamten der Berufsgenossenschaft erfahren hatte, wer die Missetäter waren, die sich erlaubten, für die Eigerheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter einzutreten. Als am nächsten Tage die Unterkommission, bestehend aus dem Vertreter des Verbandes der Baugeschäfte und den Vertretern der Maurer und der Sektion der Gips- und Zementbranche, auf dem Bau erschienen, war eine Führe Brücke angekommen und die Etagen notdürftig abgedeckt. Doch mußte der Vertreter des Verbandes der Baugeschäfte, Herr Willerbeck, zugeben, daß tatsächlich die Abdeckung nicht im Entferntesten genüge, um die unten beschäftigten Arbeiter zu schützen. Für die Wiedereinstellung der beiden Arbeiter auf jenem Bau war Herr Willerbeck nicht zu haben, da von einer Maßregelung keine Rede sein könne, weil die Arbeiter ja gar nicht bei der Firma Schwentzin beschäftigt gewesen seien und die Firma nur Arbeiter auf ihrem Bau zu dulden brauche, die dem Keller oder der Firma genehm seien. (1) Um die Angelegenheit jedoch zu erledigen, ersuchte er den Vertreter der Firma Kleinert & Behrend, die Einhälter auf einem andern Bau zu beschäftigen und ihnen die beiden Tage an Lohnausfall zu entschädigen. Damit erklärte sich dieser auch einverstanden. Besondere Eile scheint jedoch die Firma mit der Abdeckung trotz dieses Vorwurfs nicht zu haben. Was nun die Infsall-Berufsgenossenschaft gegen die Firma Schwentzin unternommen hat, ersieht sich aus dem untenstehenden Bericht. Jedenfalls beweist dieser Vorfall aufs neue, wie dringend notwendig Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen sind. Der Bau wird in Afford ausgeführt. Auch scheinen die auf dem Bau beschäftigten Maurer und Bauarbeiter den Begriff der Solidarität nicht zu kennen und ihr Leben und ihre Gesundheit nicht besonders hoch einzuschätzen, sonst müßten sie sich ganz entschieden gegen die Missetäter und gegen das rigorose Verhalten des Kellers gewandt haben und auch dafür eingetreten sein, daß der Abort so eingerichtet wird, daß er auch von Menschen benutzt werden kann.

Die Sektion der Gips- und Zementbranche hielt am 19. Oktober im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kassierer den Kassenericht vom dritten Quartal. Die Einnahme betrug mit dem Bestand am Schlusse des zweiten Quartals von 5576,88, 18 638,98, die Ausgabe 12 147,20. Von den Ausgaben sind 1658,98 Ausgaben der Kassa, 10 488,33 sind an den Zweigvereinstaffler abgeführt. Am Schlusse des Quartals bleibt ein Bestand von 6491,67. Die Mitgliederzahl ist im Quartal von 1329 auf 1702 gestiegen. Neuaufgenommen wurden 454 Kollegen. Von den Mitgliedern gehören aus Malsbühler, Träger und Spanner 845 der Gipsbranche an; 857 Zementierer, Einhälter und Hilfsarbeiter sind Angehörige der Betonbaubranche. Auf Antrag der Redatoren wurde der Kassierer einstimmig entlassen. Hierauf hielt der Kollege Germann Silberhüchli einen Vortrag über: „Die baugewerblichen Arbeiterorganisationen im Kampfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen“, der von den zahlreich Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Auf eine Diskussion wurde verzichtet, da in dem Vortrage alles gesagt wurde, was zu dieser Angelegenheit vorläufig zu sagen ist. Der nächste Punkt war die Verschmelzung unfres Verbandes mit dem Bauhilfsarbeiterverband. Hierzu sprach der Kollege Haese. Er schilderte, wie der Verschmelzungsgedanke bei beiden Verbänden immer mehr Eingang gefunden hat und betont, daß die Sektion schon vor mehreren Jahren zu den Verbandstagen entsprechende Anträge gestellt hat. Gegen nur drei Stimmen wurde hierauf von der Versammlung der Verschmelzung zugestimmt. Unter „Beschwerden“ wurden die Kollegen Albert Engel und Albert Komsgal wieder in den Verband aufgenommen. Zum Schluß brachte der Vorsitzende noch einen Versammlungsbericht der Freien Vereinigung der Betonarbeiter in der „Einigkeit“ zur Sprache, in dem die Einhälter der Firma M. Garnitow & Co., der Freigibt begehrt werden, weil sie bei der Arbeitseinstellung im September ihre Forderung (Lohnserhöhung von 5 P. pro Stunde) nicht zur Durchführung gebracht haben. Diese Herren weifen andere Freigibt vor, verweisen aber, daß sie selbst zu feig waren, die Arbeit einzustellen, und ruhig weiter gearbeitet haben, als alle Kollegen vom Bau gingen. Dies Waderühend von Mitgliedern der Freien Vereinigung glaubt, diesen Vorgang auszuwischen und im trüben Mitglieder sitzen zu können, womit sie allerdings bis jetzt kein Glück hatten.

Duisburg. Der hiesige Zweigverein hielt am 16. Oktober seine Generalversammlung für das dritte Quartal ab. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Müller las, ist zu entnehmen, daß auch in diesem Quartal die Arbeitslosigkeit schlecht war. Die Arbeitslosigkeit war noch größer als im gleichen Quartal des Vorjahres. So wurden z. B. bei der Arbeitslosenzählung am 31. Juli 18, am 28. August 14 und am 25. September 14 arbeitslose Kollegen gezählt. Erschienen diese Zahlen auch klein, so sind sie im Verhältnis doch groß, zumal, da in früheren Jahren im selben Quartal stets Maurer gesucht wurden. Ebenso ist es mit dem Stande der Organisation. Im dritten Quartal erreichte die Mitgliederzahl sonst immer den höchsten Stand, in diesem Jahre trat das Gegenteil ein. Einer Zunahme von 57 (84 Eingetretene und 23 Zuzugene) steht eine Abnahme von 127 (114 Abmelungen, 5 Austritte, 5 Gestrichene und 8 zum Militär Eingezogene) gegenüber. Die Kassa hatte eine Einnahme von 2574,85. Davon wurden am Orte verausgabt 238,50, die Hauptkasse abgesetzt 1684,11. Die Lokalkasse hatte inklusive Kassenbestand eine Einnahme von 3085,68 und eine Ausgabe von 1129,04; bleibt ein Bestand von 1956,64. Ferner lag der Generalversammlung der Entwurf eines Ortsstatuts für den neuen Zweigverein Duisburg und Umgegend (früher Duisburg und Ruhrort) vor, der in seiner vorliegenden Fassung einstimmig angenommen wurde. Nachdem Kollege v. Wfen als zweiter Vorsitzender gewählt und auf Antrag der Gewerkschaftsbibliothek 20 überwiesen worden waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Einbeck. Am 17. Oktober fand in Marloldendorf eine Versammlung statt, in der Kollege A. Lampe über: „Die baugewerblichen Arbeiterorganisationen im Kampfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen“ referierte. Erfreulicher-

weise waren alle organisierten Kollegen anwesend und hörten den Ausführungen mit Interesse zu. — Nach mühseliger Agitation ist es uns im Laufe des Sommers mit Hilfe mehrerer Marloldendorfer Kollegen gelungen, die Organisation auf 80 Kollegen zu bringen, und wenn nicht alles trügt, wird bald die Zeit kommen, wo auch in Marloldendorf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden können. Den dortigen Kollegen aber rufen wir zu: Auf zur weiteren kräftigen Agitation, bis alle uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation zugeführt sind.

Essen a. d. R. In der am 9. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung machte der Vorsitzende auf die ausgeschriebenene Gemeindegewerkschaftswahl und die am 21. Oktober stattfindende Bauinnungsstellenwahl aufmerksam und ermunterte die Kollegen, mit aller Kraft für die Kandidaten der freien Gewerkschaften einzutreten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Statutenberatung, hat der Vorsitzende die Versammlung, vor Eintritt in die Beratung des Statuts die Abstimmung über die Verschmelzung mit dem Bauhilfsarbeiterverband vorzunehmen. Der Kollege Schlichte wandte sich gegen diesen Vorschlag. Die Versammlung beschloß, die Abstimmung auszuführen. Der Vorsitzende besprach nun den neuen Statutenentwurf. In der Diskussion kritisierte Kollege Datum den ganzen Entwurf. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satze, der Statutenentwurf sei in der vorliegenden Fassung für uns unannehmbar. Die Kollegen Schlichte und Wörsdorfer schlossen sich diesen Ausführungen an. Schließlich wurde mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen: „Die am 9. Oktober im Lokal des Herrn Paland tagende Mitgliederversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen den vom Hauptvorstand herausgegebenen Statutenentwurf. Da fast jeder Paragraph Verschlechterungen gegenüber dem alten Statut enthält, verlangt die Versammlung die Verlegung eines andern Entwurfs. Sollte es nicht möglich sein, mit dem Bauhilfsarbeiterverband einen andern annehmbaren Entwurf auszuarbeiten, so ist von der Verschmelzung vorläufig Abstand zu nehmen.“ Bei Punkt „Beschwerden“ teilte ein Kollege mit, daß am Morgen auf der Kolonie Eimmes bei der Firma Dießl ein Zimmermann abstrich und sofort tot war. Ursache: Schußvergiftung. Nachdem der Vorsitzende noch auf die bevorstehenden Wahlen hingewiesen hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Fulda. Die diesjährige Bauzeit geht jetzt dem Winter und damit ihrem Ende entgegen. Sehr viele der im hiesigen Zweigvereinsgebiete ansässigen Kollegen suchen wieder auf einige Wochen ihre stille Gebirgs- und Dorfheimat auf, wo sie der unfreiwilligen Ruhe pflegen, soweit sie nicht durch Holzfällerei oder sonstige Gelegenheitsarbeit etwas verdienen können. Diese Ruhe mag auf den im Sommer abgeraden Körper wohltuend wirken, besonders dann, wenn sich der Betreffende in einigermaßen leiblichen leibbäuerlichen Verhältnissen befindet. Doch werden ja diese „Glücklichen“ infolge der kapitalistischen Entwicklung immer seltener. Der Proletarisierungsprozeß macht trotz aller Mittelstandsquadralfabri und Bauernbesserei immer weitere Fortschritte. Immer größere Schichten früher selbständiger Erbtzigen greifen zur Lohnarbeit, und viele von ihnen wenden sich dem Bauhandwerk zu. Im hiesigen ländlichen, an Industrie armem Bezirk findet die Mehrzahl dieser Massen keinen Verdienst, weshalb sie sich im Maingau, im Rheinland-Westfalen usw. Arbeit suchen müssen. Es wäre wirklich interessant, wenn wir einmal statistisch genau feststellen könnten, wieviel Bauhandwerker dieser Gegend alljährlich fern von der Heimat und der Familie ihrem Erwerb nachgehen müssen. Bis jetzt reicht leider der Einfluß der Organisation hier noch nicht so weit, um diese umfangreiche Erhebung vornehmen zu können. Wichtig wären solche Feststellungen auch in bezug auf die Lebensverhältnisse der abwandernden Bauarbeiter. Die christliche Organisation, die dazu wohl in der Lage wäre, beschränkt sich zur Winterzeit hauptsächlich darauf, etwa vorhandene Mitglieder der freien Verbände in die sogenannten christlichen Verbände hineinzuquälen. Gar mancher Kollege könnte hier ein Liedchen von den „christlichen“ Mitteln singen, die man zur Erreichung dieses Zweckes schon angewendet hat und teilweise noch anwendet. Das gewohnheitsmäßige Terrorismusgeleier der „christlichen“ Blätter den freien Gewerkschaften gegenüber würde beim Vergleichen manchmal eine eigenartige Beleuchtung erfahren. Borniertheit und Fanatismus haben in hiesiger Gegend bei solchen Gelegenheiten schon manche eckelregenden Wüten gezeigt, natürlich auch Schanden der Arbeiterbewegung. Unmäßig beginnt man diese Fehler auch in den Reihen der Arbeiter einzusehen. Die gemaltigen Kämpfe mit dem Unternehmertum und die fortwährenden Steuerbelastungen tragen dazu bei, die proletarische Zuversichtsbereitschaft bei jeder Gelegenheit deutlich zu demonstrieren. — Unsere Bewegung beginnt in letzter Zeit im Bezirk Eingang zu finden, wenn auch nicht gerade im Schnellzugtempo. Mäcker, der sonst „christlich“ oder unorganisiert nach Rheinland-Westfalen kam, kann dort heute seine Verbandszugehörigkeit bei uns nachweisen. Angefichts der kommenden Bewegung sowie auch im Interesse der Organisation wende ich mich an alle Kollegen, die nächsten Winter zurückkehren, mit dem Ersuchen, sich für die Zeit ihres Aufenthalts in der Heimat beim Zweigverein Fulda anzumelden. Zu Beiträgen kommen die Bauhandwerker aus den Kreisen Fulda, Hünfeld, Schlichtern, Gersfeld, Bunterbad, Melsfeld und teilweise Schotten und Gelnhausen, also Rhön- und Vogelsgebirge. Die Kollegen erhalten dann ihren „Grundstein“ von hier aus zugefandt. Gar manche Stütze und mancher Fortschritt kann dadurch im Laufe des Winters für die Organisation gewonnen werden. Bei den statistischen Erhebungen über die Bauaktivität und die Zahl der beschäftigten Kollegen im Laufe des vergangenen Sommers wurden im hiesigen Gebiet rund 1000 Kollegen ermittelt. Der großen Ausdehnung des Gebietes und der mangelhaften Hilfe der Kollegen wegen konnten lange nicht alle Orte erfasst werden, so daß sich mit Bestimmtheit behaupten läßt, daß mindestens 1000 Kollegen nicht ermittelt und gezählt werden konnten. Mit dem Hinweis auf das große Organisations- und Agitationsfeld in hiesiger Gegend fordere ich jeden in Betracht kommenden Kollegen zur pflichtgemäßen Unternehmung auf. Benutzen wir gemeinschaftlich die Ruhe des Winters zur stillen, aber ersten und systematischen Organisationsarbeit, dann dürfte es uns gelingen, ein gut Stück weiterzukommen und dem Verbandsman-

neuen Kämpfer zuführen. An die Zweigvereinsvorstände in Rheinland und Westfalen richte ich die Bitte, die Kollegen bei ihrer Abmeldung auf diesen Punkt besonders aufmerksam zu machen und mich mit zweideutigen Informationen zu unterziehen. Unser Verammlungslokal in Fulda befindet sich bei Georg Köhlför, „Zur Spinnblüte“, Kronhofstraße 45. Zuschriften betreffs Organisation und Agitation sind zu senden an: Nikolaus Schmitt, Fulda, Am Bahnhof 36, 11.

Veitshorn. Am 17. Oktober fand unter Jahres-Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte der Vorsitzende unfers plötzlich verstorbenen Kollegen Kropfenhöfer, der am 26. September durch die Kugel eines feigen Mordbuben von uns gerissen wurde. Sein Andenken wurde von den Kollegen durch Erheben von den Säulen geehrt. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Budel. Es ist daraus zu ersehen, daß die Bauwirtschaft in diesem Jahre besser war als im Vorjahre. Konnten doch durchschnittlich circa 200 Kollegen beschäftigt werden. Die tarifmäßige Lohnzahlung wurde im allgemeinen eingehalten. Einige Unternehmer machten zwar den Versuch, den Tarif zu umgehen; durch unser sofortiges Eingreifen wurden sie aber eines Besseren belehrt. In Zukunft ist in solchen Fällen immer die sofortige Benachrichtigung des Vorstandes nötig, was bis jetzt leider nicht immer geschah. Die Kollegen haben eben oft noch Angst vor dem Unternehmer. Diese Angst muß verschwinden! Die Agitation war in diesem Jahre vielseitig und zweckmäßig. Verammlungen wurden im Berichtsjahre abgehalten: 35 Mitgliederverammlungen, 5 öffentliche Verammlungen, 14 Bewältigungs- und 9 Platzverammlungen; außerdem 11 Delegiertenkonferenzen. Alles in allem können wir auf das Jahr 1909 mit dem Bewußtsein zurückblicken, unfers Pflicht getan zu haben. Was das neue Jahr bringt, kann man nicht wissen. Aber wenn jedes Mitglied das Bestreben hat, so wie im vergangenen Jahre mitzuarbeiten, dann kann der Tag kommen, an dem die Unternehmer mit uns glauben abrechnen zu sollen: wir stehen gerückt! Der Klassenbericht ließ nichts zu wünschen übrig, weshalb nach dem Bericht der Redatoren dem Kassierer Ganghorn Entlastung erteilt wurde. Bei der Neuwahl wurden, mit einer Ausnahme, sämtliche jetzigen Verwaltungsmitglieder wiedergewählt. Unter „Verstärkendes“ wurden einige Punkte rasch erledigt. Zugleich gab der Vorsitzende bekannt, daß Kollege Bernhard aus Forstheim am 31. Oktober, nachmittags 2 Uhr, ein Referat über den Streik in Forstheim halten werde. Kein Kollege darf fehlen! Hierauf richtete Gauleiter Busse aus Stuttgart einige Worte an die Kollegen und betonte, daß es unbedingt notwendig sei, die Bauhilfsarbeiter dem Verbandsverband zuzuführen, was allerdings hier schon in anerkannter Weise gemacht wurde. Zugleich sprach Busse speziell der Verwaltung seinen Dank aus für die geleistete Weisheit. Hierauf fand die gut besuchte und von gutem Geiste durchwehte Generalversammlung ihr Ende.

Kiel. In der Mitgliederversammlung am 20. Oktober wurde die Abrechnung vom dritten Quartal 1909 verlesen, die für die Hauptkasse mit einer Einnahme und Ausgabe von M 8068,02, für die Lokalkasse mit einer Einnahme von M 25 567,06 und einer Ausgabe von M 4684,89 abschloß, so daß ein Kassenbestand von M 20 882,17 verbleibt. Nach einigen Anfragen der Mitglieder über die Abrechnung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Auf Antrag der Zahlstellen-Kommission wurde der Kollege Steiner wegen Verzögerens gegen den § 37 a des Statuts mit 116 gegen 17 Stimmen ausgeschlossen. Dann gab Kollege Timm den Kartellbericht, wobei er darauf hinwies, daß sich die Kollegen in die Wählerliste zur Gewerbesteuerpflicht einzutragen lassen müssen. Unter „Verstärkendes“ wurde nochmals über die Maifreier-Artikel in Nr. 37 des „Grundstein“ gesprochen, weil darin vermutet wurde, daß in Nr. 18 des „Grundstein“ veröffentlichte Resolution sei nicht aus den Reihen der Kieler Kollegen gekommen. Dies Argument des Artikel-schreibers erwiderte der Anführer, als ob der Zweigverein Kiel nicht selbständig sei. Hierzu muß gesagt werden: In der Versammlung in Kiel am 7. April wurde nach einem Referat des Genossen Trösch über: „Partei und Gewerkschaften“ der Artikel in Nr. 14 besprochen und der Beschluß gefaßt, in der nächsten Versammlung eine Resolution gegen den Artikel vorzulegen. In der Versammlung am 21. April, die ich ausschließlich mit der Maifreier beschäftigt, wurde die vom Vorstande vorgelegte und abgefaßte Resolution einstimmig angenommen und auch der Beschluß gefaßt, die Maifreier durch Arbeitsruhe zu begeben. Hieraus ist zu folgern, daß kein außenstehender Genosse, der kein Recht hätte, solche Resolution zu unterbreiten, sondern daß die Resolution nach Rücksprache mit mehreren hervorragenden Parteigenossen aus der Feder des Vorstandes hervorgegangen ist. Hierdurch wird der Vorwurf der Unselbständigkeit des Zweigvereins zurückgewiesen.

Langenstein. In dem Verammlungsbericht in Nr. 43 des „Grundstein“ heißt es: Zum Punkt Agitation war der Referent trotz brieflichen Bescheides nicht erschienen. Langenstein gehörte zu meiner Agitations-tour. Bevor ich diese antrat, hat jeder Zweigverein, den ich zu besuchen hatte, ein Mandatschreiben des Gewerkschaften erhalten, mit dem Bemerken, dem Referenten sofort mitzuteilen, in welchem Lokale die Versammlung stattfinden sollte. Andererseits ist den Referenten ebenfalls ein Schreiben des Gewerkschaftes zugegangen mit folgender Anweisung: „Ich empfehle daher, die Orte, die ich nicht selbst mit den Referenten in Verbindung setzen, nicht zu besuchen, da ja in solchen Fällen mit Bestimmtheit damit gerechnet werden muß, daß die Kollegen für den Besuch der Versammlung nichts getan haben. Da mir eine Mitteilung von Langenstein nicht zugegangen war, so war für mich die Anweisung des Gewerkschaftes maßgebend; die Langenstein Kollegen haben sich daher die Schuld wegen des Nichterscheinens des Referenten selbst zuzuschreiben.“ Wilhelm Brivenau, Neuenhofe.

Fliesenleger.

Düsseldorf. Der in Düsseldorf durch seine Kampfesweise unermüdet bekannte Windhoff hat dem „Grundstein“ auf unfern: in Nr. 42 des „Grundstein“ veröffentlichten Artikel eine Berichtigung zugehen lassen, in der so viel Unwahrheiten enthalten sind, daß wir nicht umhin

können, darauf zu antworten. Zu 1 der „Berichtigung“ bemerken wir folgendes: In einer kombinierten Mitglieder-berammlung der Fliesenleger erklärte Windhoff, der Unternehmer Wolf, bei dem er beschäftigt war, sei an ihm und den Kollegen Sieger herangehtreten und habe ihnen erklärt, daß sie bezüglich der Arbeit an der Jägerhofstraße etwas tun müßten, denn andernfalls würde er die Arbeit an andre Leger vergeben, die sie ihm unter Tarif machten. Er (Windhoff) sage darauf von dem Unternehmer verlangt, er solle ihm den Mann vorstellen, der die Arbeit unter Tarif machen wolle. Letzteres habe der Unternehmer aber nicht getan. Später hätten sie sich das überlegt und hätten auch mit Wolf eine Uebereinkunft erzielt. Sie erhielten zwar nicht nach Tarif bezahlt, aber sie hätten sich das ausgerechnet und erhielten sogar noch mehr, als der Tarif vorschreibe. Letzteres kann Windhoff wohl seinen Mitgliedern erzählten; wir werden ihm dies jedoch niemals glauben, und nach seinen eigenen Angaben steht ja auch fest, daß er nicht nach Tarif arbeitete. Um den Nachweis des Tarifbruches zu führen, verlangten die Kollegen Wagner und Lütke, daß Windhoff mit ihnen bei dem Geschäftsführer Erich der Ostrather Plattenfabrik vorstellt werden sollte. Windhoff sagte auch zu, er sich aber nicht; wahrscheinlich fürchtete er den Keimfall. Zu 2 bemerken wir, daß Windhoffs eigene Mitglieberschaft, die mit den Kollegen Lütke und Wäthen unter Tarif gearbeitet haben sollen, ganz energisch von ihm die Berichtigung verlangt haben. Drittens ist es nicht wahr, daß die kombinierten Mitgliederberammlungen beschloßen haben, daß die genannten Kollegen gemeinsam gefaßt werden sollen. Lütke hat ausdrücklich erklärt, daß er seine Zustimmung dazu nicht geben könne, da hierüber nur der Verbandsvorstand zu entscheiden habe. In 4 ist zu sagen, daß es für Windhoff ja äußerst leicht ist, sich von einer kombinierten Mitgliederberammlung die übrigen erst am 5. Oktober festgefunden hat) Mantagelber bewilligen zu lassen, wenn fast nur Mitglieder der freien Vereinigung anwesend sind. Mit demselben Recht könnten auch die Streikfließler von uns und den christlichen Anspruch auf Mantagelber erheben, da ja auch sie Gelder ausgeschüttet haben. Im übrigen müssen wir einer derartigen Verammlungen das Recht absprechen, solche Beschlüsse zu fassen, da in derartigen Fällen die Organisationen selbständig entscheiden und diese das Mantagelber strikte ablehnen haben. In der „Einigkeit“ versucht Windhoff darzulegen, daß seine Mitglieder ihm schon längst eine Entschädigung für seine Tätigkeit zugebracht hätten. Wir haben dagegen nichts einzuwenden, müssen aber unter allen Umständen verlangen, daß die freie Vereinigung das Geld auch selber zahlt. Zu Punkt 6 bemerken wir, daß Windhoff die Abrechnung doch bezögert hat; denn die erste Abrechnung sollte bereits am 29. März erfolgen; Windhoff hat sie aber in dieser Sitzung gar nicht vorgelegt. Das von ihm eingeleitete Mantagelber ist sofort von uns sowie auch von den Christlichen beanstandet worden. Wir erklären, daß die Abrechnung auch heute noch nicht gegeben ist; denn das uns zuzuhende Geld haben wir noch nicht erhalten und Mantagelber lassen wir uns auch auf keinen Fall anrechnen. Im übrigen wissen wir, was wir von derartigen Leuten zu halten haben und werden uns hüten, jemals gemeinsame Ausgaben mit ihnen zu machen. — In Nr. 42 der „Einigkeit“ hat Windhoff wieder einen Artikel vom Stapel gelassen, der so von Gemeinheiten froh, daß wir es uns verlagern müssen, darauf einzugehen; denn dazu ist der Raum des „Grundstein“ viel zu schmal.

Fließler und Steinholzleger.

Berlin. Am 20. Oktober fand hier die Generalversammlung der Fließler statt. Da der Kassierer am 18. Oktober bei der Arbeit verunglückt war, mußte der Punkt „Kassenbericht“ vertagt werden. Zum Punkt: „Unser Lohnbewegung“ erhielt Kollege Lange das Wort. Er führte aus: In der ersten Sitzung mit den Unternehmern, nachdem diese uns zum dritten Male einen Entwurf zu einem Affordariff unterbreitet hatten, unterbreiteten wir ihnen folgende Gegenforderungen: Erhöhung des Stundenlohnes vom 1. November an für Fließler von 65 auf 70 $\frac{1}{2}$ und für Hilfsarbeiter von 50 auf 55 $\frac{1}{2}$, und Erhöhung der Landzulage von M 2,75 auf M 3. Es wurde betont, daß, wenn die Unternehmer diesen Forderungen zustimmen würden, wenn sie ferner die bisherigen Jahrgelder sowohl innerhalb der Stadt wie nach den Vor- und Fernorten, mit Einschluß der Land- und Vorortzulagen, auch bei Affordarbiten garantierten, die Fließler bereit wären, einem Affordariff mit festen Preisen zuzustimmen. Die Unternehmer erklärten, sie könnten uns noch keine bestimmte Zusage geben, da sie zuvor unter sich erst einmal darüber sprechen müßten. In der zweiten Sitzung jedoch merkte man sofort, daß sich mittlerweile der Wind bei den Unternehmern gedreht hatte. Für Vorsitzender, Herr Ingenieur Brandt (in Firma Grünzweig & Hartmann), gab bei Eröffnung der Sitzung sofort die Erklärung ab, die Unternehmer lehnten jede Lohnerhöhung ab und auch den andern Teil unserer Forderungen rundweg ab. Nur die bisherigen Land- und Vorortzulagen sowie das Jahrgeld wollen sie bei Affordarbiten auch in Zukunft zahlen. Ferner seien sie bereit, über eine Erhöhung der Preise in ihrem eingereichten Affordariff mit uns zu verhandeln, da die Preise doch etwas niedrig seien. Sie erlöbten dann die Preise durchweg um 5 und 10 $\frac{1}{2}$. Man kann daran erkennen, wie die Preise vorher ausfielen. Es zeigt sich aber auch hierbei wieder, daß zur Festsetzung der Preise niemand ungeeignet ist, als die aus dem Kaufmannsstande hervorgegangenen Unternehmer, die von der Eigenart des Berufes und der Schwierigkeit der einzelnen Arbeiten absolut keine Ahnung haben. Diese Schwierigkeiten sind derart, daß sich bei Arbeiten, die von ein und demselben Arbeiter mit ein und demselben Material und der gleichen Auftragsart auf verschiedenen Bauten ausgeführt wurden, Differenzen bis über 100 pZt. ergeben haben. Die Unternehmer haben nun bei Ausarbeitung ihres Tarifs ganz einfach die Preise zur Grundlage genommen, die auf solchen Bauten erzielt wurden, wo die Arbeiten unter den günstigsten Bedingungen ausgeführt wurden und sich infolgedessen sehr niedrig stellten. Sie haben zwar auf diese Preise in dem Affordariff mitunter noch 10 und 20 $\frac{1}{2}$ pro Quadratmeter zugelegt; dadurch

werden aber die Differenzen bei weitem nicht ausgeglichen, so daß selbst dann, wenn die billigen Preise um die Hälfte erhöht würden, der Fließler, der nicht ausnahmsweise besonders Glück hat, indem er mehr gute als schlechte Arbeiten zugeteilt erhält, nicht einmal den heutigen Jahresverdienst erzielen kann. Da die Fließler Berlins nicht gewillt waren, eine derartige Lohnerhöhung nicht hinzunehmen, lehnten sie den Affordariff der Unternehmer rundweg ab und beharrten auf ihrer Forderung. Nach schriftlicher Mitteilung dieser Tatsache an die Unternehmer lehnten diese hierauf weitere Verhandlungen mit uns ab. Auf Grund des Berichtes im „Grundstein“ sandte uns dann der Vorstand des Arbeitgeberverbandes eine Nichtigstellung aus der hervorging, daß die Unternehmer doch bereit seien, über die Festsetzung eines Mindestlohnes mit uns zu verhandeln, es aber ablehnen, den „bisherigen“ Stundenlohn bei Affordarbiten zu garantieren. Der Redner bemerkte dazu, dies sei fast wie eine Zustimmung zu unsern Forderungen aus; denn wir wollen ja durchaus nicht den bisherigen Stundenlohn, sondern den höheren von 70 $\frac{1}{2}$ garantiert haben. Es könnte nur mit Freuden begrüßt werden, wenn die Unternehmer jetzt selbst zu der Einsicht gelangt wären, daß der bisherige Lohn zu niedrig sei. Bei der nächsten Verhandlung werde es sich ja zeigen, ob dies wirklich der Fall sei. Nebenfalls könnten die Fließler vertrauensvoll in die Zukunft blicken, denn die Konjunktur sei momentan nicht schlecht und die Unternehmer würden sich selbst den größten Schaben zufügen, wenn sie diese minimalen Forderungen ablehnen und es zum Streit kommen lassen wollten. — In der Diskussion stimmte man den Ausführungen allseitig zu. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die Lohnkommission beauftragt wurde, strikte an unsern Forderungen festzuhalten: Ohne Lohngarantie keine Affordarbit!

Auch vor Redaktionschluss erhalten wir die Nachricht, daß sich auch die am 21. Oktober stattgehabene Verhandlung mit den Unternehmern zerfallen hat. Die Berliner Fließler appellieren nun an das Solidaritätsgefühl der Berufs-kollegen im Lande. Zeigen die Unternehmer im Laufe der Woche kein Entgegenkommen, dann wird am 1. November die Arbeit überall niedergelegt. Von den auswärtigen Kollegen, die bereits Arbeiten für die Berliner Fließler der Firmen Grünzweig & Hartmann, Rheinhold & Co., Gieß-Badische Wollfabriken A.-G. und Dering & Schulte angenommen haben, wird erwartet, daß sie diese Arbeiten sofort einstellen, wenn es zum Streit kommt. Wer dies unterläßt, macht sich des Streikbruchs schuldig. Wejens dies die Magdeburger Kollegen werden gebeten, dies genau zu beachten. Hoch die Solidarität!

Dresden. Am 17. Oktober fand im „Vollshaus“ unsere Vierteljahres-Generalversammlung statt. Der Kassierer wurde nach Verlesung der Abrechnung vom dritten Quartal einstimmig entlastet. Ein Antrag auf Einführung einer lokalen Krankenunterstützung wurde nach kurzer Debatte dem Vorstande zur Beratung überwiesen. Er soll später der Jahresberammlung vorgelegt werden. Nachdem einige weitere Sachen besprochen waren, erfolgte Schluß der Versammlung. Moniert wird, daß mehrere auswärtig arbeitende Kollegen der Verammlung ihren derzeitigen Auftragslohn nicht mitteilten. Zwei Kollegen werden an ihre Beitragspflicht erinnert, da sonst nach dem Statut verfahren werden muß.

Arbeitslorenzählung

im Zentralverband der Maurer Deutschlands im 2. Quartal 1909.

In einer Tabelle auf Seite 505 dieser Nummer wird das Ergebnis unserer Arbeitslorenzählung an den Zähltagen im April, Mai und Juni in drei verschiedenen Zusammenstellungen bekannt gegeben: A nach Landestellen, B nach Ortsgrößenklassen und C nach Großstädten.

Was zunächst die Beteiligung der Zweigvereine an der Zählung anbelangt, so ist leider festzustellen, daß diese zwar, bei Bewegung der Mitgliederzahl folgend, absolut gestiegen ist, daß aber der Prozentteil der fähigen Vereine im Wachsen begriffen ist. Es beteiligten sich nicht an der Zählung:

Monat	Zweigvereine	Mit Mitgliedern	Prozente der fähigen Vereine
Januar	120	4093	11,5
Februar	21	645	2,0
März	50	1568	4,8
April	87	3265	8,4
Mai	83	3280	7,9
Juni	120	5500	11,4

Bei den letzten Aufnahmen ist die Zahl der fähigen Vereine noch höher, so daß man mit Bedauern vor der Tatsache steht, daß ein großer Teil unserer Zweigvereinsverwaltungen seinen Aufgaben nicht genügt ist.

Die Zählergebnisse selbst lassen die langsame Erholung des Arbeitsmarktes erkennen. Von den Befragten waren insgesamt arbeitslos im April 9325 oder 6,19 pZt., im Mai 8490 oder 5,87 pZt., und im Juni 6813 oder 4,22 pZt. In den Ursachen der Arbeitslosigkeit tritt eine Verschiebung ein; im April steht der Arbeitsmangel noch oben an, die Fälle von Arbeitslosigkeit wegen Krankheit stehen dahinter zurück. Aber im Mai ändert sich das schon; eine Folge der besseren Arbeitslorenzählung. Von je 100 Arbeitslosen fielen wegen:

Monat	Arbeitsmangels	Witterung	Krankheit
April	54,07	1,95	43,98
Mai	42,82	18,22	43,95
Juni	46,45	1,64	51,91

Arbeitslorenzählung im Zentralverband der Maurer Deutschlands im 2. Quartal 1909. A. Nach Landesteilen.

Table with 10 columns: Landesteil, Anzahl der Arbeiter, Anzahl der Arbeiterinnen, etc. Includes sub-sections for '3. Abt.: 24. April', '3. Abt.: 29. Mai', and '3. Abt.: 26. Juni'.

Table with 10 columns: Landesteil, Anzahl der Arbeiter, Anzahl der Arbeiterinnen, etc. Includes sub-sections for 'B. Nach Ortsgruppen', 'C. Nach Großstädten', and 'Deutsches Reich insgesamt'.

Die Zahl der wegen schlechter Witterung Feiernden ist naturgemäß im Sommer starken Schwankungen ausgesetzt. An der hohen Zahl im Monat Mai hatte Schlesien den Hauptanteil, mehr als zwei Drittel entfallen allein auf diese Provinz.

Die Verschiedenheiten zwischen der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Landesteilen sind wiederum sehr groß. Im April waren im Reichsdurchschnitt 6,19 pSt. aller befragten Kollegen arbeitslos. Ueber diesen Durchschnitt standen Brandenburg mit 11,63, Posen, Ost- und Westpreußen mit 10,27, Elsaß-Lothringen, Baden und Pfalz mit 7,50, die Rheinprovinz und beide Hessen mit je 7,40 pSt. Alle übrigen Landesteile blieben hinter dem Durchschnitt zurück. Am günstigsten stehen Königreich Sachsen mit 3,47, Württemberg mit 3,54, Thüringen mit 3,86 und Provinz Sachsen und Anhalt mit 3,94 pSt. Die Arbeitslosigkeit nur wegen Arbeitsmangels war am größten in Posen, Ost- und Westpreußen, dann folgt erst Brandenburg; in Brandenburg war die Zahl der Kranken um ja höher.

Auch im Mai treffen wir wieder sehr große Unterschiede in den Landesteilen. Der Reichsdurchschnitt von 5,37 pSt. Arbeitslosen verdoppelt sich in Schlesien, das 11,79 pSt. hat, dann folgt aber wieder Brandenburg mit 9,99 und darauf Pommern mit 7,67 pSt. Das darf aber nicht verleiten, Schlüsse auf eine verschlechterte Baulätigkeit in Pommern und Schlesien zu ziehen; das Gegenteil ist der Fall, die Zahl der wegen Arbeitsmangels Feiernden ist gesunken; die hohe Arbeitslosigkeit ist durch eine mehrere Tage währende Regenzeit veranlaßt worden. Dagegen hat Brandenburg auch dann die Führung, wenn man nur die auf Arbeitsmangel zurückzuführende Arbeitslosigkeit betrachtet, dort ist die Konjunktur auch im Mai noch schlecht. Sonst hat sich wenig verändert. Hessen, Rheinland, die Reichslande, Baden und Pfalz zeigen immer noch hohe Arbeitslosenziffern, die andern Landesteile bleiben hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Württemberg und Königreich Sachsen stehen wieder am günstigsten, ihnen folgen mit leiser Besserung gegen April Thüringen und Provinz Sachsen-Anhalt.

Der Reichsdurchschnitt von 4,22 pSt. Arbeitslosen im Juni wird wieder von Brandenburg mit 7,20 am höchsten überschritten, was aber gleichwohl für diesen Landesteil eine Verbesserung gegen Mai bedeutet. Dagegen hat sich Hessen weiter verschlechtert, dort ist die Arbeitslosigkeit auf 7,07 gestiegen. Ueber dem Durchschnitt stehen dann noch Elsaß-Lothringen, Baden, Pfalz, Rheinland, Hannover-Oldenburg, Braunschweig-Bremen, wo bisher die Arbeitslosigkeit unter dem Durchschnitt blieb; viel ist sie allerdings mit 4,24 auch diesmal nicht überschritten. Die niedrigste Arbeitslosenziffer hat jetzt Posen, Ost- und Westpreußen mit 2,39, dann folgen Pommern, Königreich Sachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Württemberg. Die eingetretenen Verschiebungen sind, von der allgemeinen Erholung abgesehen, nicht bedeutend.

In der Tabelle B sehen wir die Anteile der einzelnen Ortsgrößenklassen an der Arbeitslosigkeit. Das Charakteristische von dem, was uns diese Zusammenstellung sagt, ist der höhere Anteil der Orte mit mehr als 100 000 Einwohnern an der Arbeitslosigkeit. Den Reichsdurchschnitt im April von 6,19 übertreffen die Großstädte mit 8,66, den Reichsdurchschnitt vom Mai von 5,37 mit 6,58 und den im Juni von 4,22 mit 5,60 pSt. Die Orte mit weniger als 2000 Einwohnern stehen im April und Mai ungünstiger als die Klein- und Mittelstädte, im Juni jedoch beginnt die ländliche Baulätigkeit lebhafter zu werden und nun sinkt auch die Arbeitslosenziffer. Schlechte Witterung erschwert die Arbeit in den kleinen Orten auch mehr als in den Großstädten. Die Arbeiter der großen Orte müssen ohnehin mit manchen Feierstunden rechnen und „rücken“ infolgedessen nicht so bald. An der Arbeitslosigkeit wegen Witterungsverhältnisse haben darum die Großstädte einen geringeren Anteil. Dafür stehen sie wieder in der Arbeitslosigkeit wegen Krankheit obenan. Den Reichsdurchschnitt im April von 2,72 pSt. übertreffen sie mit 3,47, den im Mai von 2,36 mit 2,92 und den im Juni von 2,19 mit 2,79 pSt.

Die Zusammenstellung unter C behandelt die Großstädte besonders. Da kann man die Bewegung der Arbeitslosigkeit für die einzelnen Orte feststellen. Am ungünstigsten steht Groß-Berlin. Im April übertrifft es die Durchschnittsziffer der Großstädte von 8,66 um mehr als das Doppelte mit 19,36 pSt. Arbeitsloser, es wird in diesem Monat zwar noch um ein geringes von Danzig übertroffen, das 19,82 pSt. hat, aber für Danzig ist die höhere Ziffer auf die raue Witterung zurückzuführen, die die Aufnahme der Bauarbeiten sehr verzögert. Unter großer Arbeitslosigkeit leiden noch Posen mit 17,62, Breslau mit 16,44, Aachen mit 14,10, Köln mit 13,98, Wiesbaden mit 13,16, Karlsruhe mit 12,97 pSt., während Chemnitz mit 2,08, Plauen mit 2,25, und die Städte des rheinisch-westfälischen Kohlenbeckens beträchtlich hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. Groß-Berlin hat auch nächst Aachen den höchsten Krankheitsstand, 6,32, Aachen 7,69 pSt.

Im Mai hat Stettin eine außergewöhnlich hohe Arbeitslosenziffer, nämlich 22,12, während der Durchschnitt für die Großstädte 6,58 beträgt. Hier kommt wieder die Regenperiode zum Vorschein, die wir bereits bei der Zusammenstellung A. erwähnten. Sonst steht immer noch Aachen mit 15,48 an der Spitze, ihm folgt Groß-Berlin mit 14,04, wovon 5,74 auf Krankheit entfallen, Wiesbaden mit 11,47, Köln mit 10,66, Kiel mit 10,58 und Magdeburg mit 9,92. Am günstigsten stehen immer noch Chemnitz und Plauen mit 1,22 und 1,94, sie werden aber noch übertroffen von Mülheim-Oberhausen mit 0,88; auch die übrigen Städte des Kohlenbeckens stehen günstig da, ebenso Hamburg, Altona, Dresden, Leipzig, Nürnberg, München, Stuttgart, sowie auch Königsberg und das vordem so stark leidende Danzig. In der Krankenziffer steht Berlin mit 5,74 immer noch obenan, ihm folgen Magdeburg mit 4,84, Mannheimer-Ludwigsbafen mit 4,56 und Köln mit 4,22 pSt.

Die Zählung im Juni zeigt endlich auch für Groß-Berlin ein stärkeres Nachlassen der Arbeitslosigkeit. Der Durchschnitt der Großstädte beträgt 5,60, er wird am höchsten übertroffen von Wiesbaden mit 14,37, Erfeld 14,34, Aachen mit 14,10, dann folgen Straßburg i. Elz. mit 11,21, Groß-Berlin mit 10,58, Karlsruhe mit 10,16. Am Niederrhein hat sich die Baulätigkeit danach weiter verschlechtert. Das rheinisch-westfälische Kohlenbecken hat sich gehalten, nur Dortmund hat sich verschlechtert. In der Krankenziffer stehen Berlin mit 5,61, Aachen mit 5,13, Mannheimer-Ludwigsbafen mit 4,57 und Magdeburg mit 4,27 noch immer obenan.

Von den Großstädten hat auch keine die Zählungen veräuert.

Internationale Maurerbewegung.

Schweiz.

Wir haben schon darauf hingewiesen, welche riesige Anforderungen die Unternehmer in Winterthur machen, um für die Sulzerischen Neubauten Streibredner zu erhalten. Wie rüchlos und strupplos sie dabei zu Werke gehen, mag folgendes Beispiel zeigen. Am 21. Oktober war es einem Streibredneragenten in Buche (St. Gallen) gelungen, 14 auf der Rückreise von Amerika nach Belgard befindliche Emigranten unter Vorpiegelung falscher Tatsachen nach Winterthur zu locken. Die Bilette in ihre Heimat wurden ihnen abgenommen und in solche nach Winterthur umgetauscht. Die daraus sich ergebende Differenz sollte ihnen, nachdem sie 20 Tage dort gearbeitet hätten, zurückerstattet werden. Die Nacht vom 21. auf den 22. Oktober mußten die müden und hungrigen Wanderer im Wartesaal des Stationsgebäudes in Buche zubringen. Als Nachtlager diente ihnen der nackte Fußboden. Am 22. Oktober kamen sie dann in Winterthur an und wurden per Auto in die Sulzerischen Etablissements, deren Chef eine „Fierde“ des Schweizerischen Nationalrates ist, gebracht. Als Unterflurraum diente eine von einer hohen Schutzwand umgebene Baracke. Das Ausgehen wurde den „Streibrachern“ streng verboten. Auf der Arbeit wurde ihnen dann bedeutet, daß in Winterthur Streib sei. Sofort erklärten unsere Bulgaren, keine Streibrachendienste verrichten zu wollen. Sie legten auch gleich die Arbeit nieder und verlangten die sofortige Auszahlung ihres ihnen in Buche abgenommenen Guthabens. Zuerst weigerte man sich, ihnen dies auszugeben und erklärte, das Geld werde ihnen in ihre Heimatgemeinde nachgeschickt. Doch darauf ließen sich die Bulgaren nicht ein. Schließlich erhielten sie einen Teil des Geldes, worauf sie von dem Etablissement verließen. Vor dem Portal wurden sie von drei freisenden Maurern empfangen, ins Streifloft begleitet und dort verpflegt. Die Emigranten erklärten, seit einigen Tagen weiter nichts als trockenes Brot zu essen erhalten zu haben, erst jetzt könnten sie sich wieder einmal satt essen. Diese Proteste, die eine so glänzende Solidarität gegenüber den Streibrachern an den Tag gelegt hatten, boten einen jammervollen Anblick, so daß das auf dem Bahnhof versammelte Publikum in große Aufregung versetzt wurde. Beziehung für die gegenwärtige Situation ist der Umstand, daß der durch den Streib verursachte Schaden und Lohnausfall von Unternehmern auf anderthalb Millionen Franken veranschlagt wird. Einer der Oberschaffmacher erklärte dieser Lage öffentlich, bei unerquicklichen, allen guten Geschäftsgängen hindernenden Situation, die nun fast fünf Monate dauert, müsse rasch und rücksichtslos ein Ende gemacht werden. Dem Zustande kam aber nur durch Entgegenkommen der Unternehmer ein Ende gemacht werden; das wird die internationale Solidarität der Arbeiter den Baumeistern noch zum Bewußtsein bringen.

Zentralfrankenkasse.

„Grundstein zur Einheit.“

In der Woche vom 17. bis 23. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Jahnd M. 800, Polen 800, Hamburg - Eppendorf 600, Breilin 450, Steglitz 400, Münden 400, Werder a. d. Havel 350, Groß-Lichterfelde 350, Richtenberg 400, Rajewskij 225, Herbstleben 300, Eberghagen 250, Döberan 250, Holttau 240, Gernro 200, Wlanenburg am Garz 200, Gagen 200, Zahna 200, Wargelbe 200, Fürstentwale 180, Riepe (Simontanal) 152,18, Duedlinburg 150, Genthin 150, Sogammishal 150, Wandlitz 150, Schwelnitz a. d. Elster 150, Lejuna 150, Werben an der Aller 150, Niesdenin 130, Eggeln 131,43, Saubach 120, Gutzhang 116,30, Schönhausen a. d. Elbe 128,57, Neichensachsen 100, Jwanfau 100, Neuenhagen 100, Ottenbors-Orfilla 100, Hofen-Neuenbors 100, Wittenau 100, Hedschelm 100, Seyba (Bezirk Halle) 100, Effen a. B. 100, Netra 100, Mainz-Rastel 100, Königsberg i. Pr. 100, Frankenthal 100, Malchin 100, Fehrbellin 98, Kremmen 92,41, Lauffen a. Neckar

71,48, Richtenrade 70, Babinra 70, Lutter a. Bbg. 50, Summa M. 10 775,32.

Zuführer erhielten: Kiel M. 300, Meinel 200, Straußberg 200, Graubenz 200, Leipzig - Gohlis 100, Eick a. Garz 100, Gelnitz 50, Summa M. 1150.

Altona, 28. Oktober 1909.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bauunfällen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

An die baugewerblichen Arbeiter in Ost- und Westpreußen!

Im Einverständnis mit den Vertretern der baugewerblichen Organisationen beruft die unterzeichnete Kommission zu Sonntag, den 7. November, vormittags 11 Uhr, im „Vereinsgarten“ in Eibing, Holzstraße, eine Bauarbeiterschutzkonferenz ein. Tagesordnung: 1. Der Bauarbeiterschutz in Ost- und Westpreußen, unter besonderer Berücksichtigung der Unglücksfälle in Eibing und Allenstein (Referent: Genosse Richard Wende-Danzig). 2. Unsere Forderungen betreffs Bauarbeiterschutz (Referent: Genosse Gustav Heintze-Hamburg). 3. Die Agitation für den Bauarbeiterschutz (Referent: Genosse Julius Geiß-Danzig). 4. Allgemeines.

Genossen! Die Missetände im Baugewerbe und mit ihnen die Unglücksfälle, die schon so viele Menschenleben gefordert haben, vermehren sich von Jahr zu Jahr. Es muß nun unsere Aufgabe sein, diesen Missetänden ganz energisch entgegenzuarbeiten. Es ist deshalb notwendig, daß auf der Konferenz alle Berufe recht zahlreich vertreten sind. Die Kosten der Delegationen trägt jede in Betracht kommende Gewerkschaft für sich, und zwar aus der Borkasse.

Die Bauarbeiterschutzkommission von Danzig.

Z. A.: Richard Wende.

Eln. Am 19. Oktober, kurz vor Feierabend, verunglückte am Bau des Unternehmers Ripphahn am Stadtwaldgürtel in Lindenthal der Maurer Ludw. Vogtmann schwer, indem er aus der Höhe der zweiten Etage auf eisernen Träger stürzte und sich einen doppelten Armbruch und einen Oberarmfrakturzug zuzog. Der Unglücksfall soll durch das Betreten des Schutgründes, auf dem eine sogenannte Falle war, herbeigeführt worden sein. Der schmerzliche Unfall muß für unsere Kollegen ein neuer Ansporn sein, dem Bauarbeiterschutz mehr als bisher ein wachsameres Auge zu widmen. Ganz besonders ist es notwendig, daß der Organisationsleitung mitgeteilt wird, wo Missetände herrschen, die das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter gefährden.

Galbertsd. Auf dem Neubau des Maurermeisters F. Mirre verunglückte am 22. Oktober der Maurer Hermann Schröder beim Kappenwölben. Die Träger waren auf die Gurtbögen gelegt. Ein solcher Bogen brach unter der Last zusammen, den darunter befindlichen Schröder, unter den Trümmern begrabend. Schröder zog sich innere Verletzungen zu.

Kolberg. Am 22. d. M. verunglückten auf dem Neubau Nummerstraße der Firma Waack & Weller drei Hilfsarbeiter. Beim Hochlegen einer circa 10 Zentner schweren Podestplatte riß die Kette des Flaschenzugs. Die Platte stürzte hinunter und traf den Arbeiter Dahn, der schwere äußere und innere Verletzungen erlitt. Der Hilfsarbeiter Buntrock kam mit äußeren Verletzungen davon. Beide wurden ins Krankenhaus befördert. Der dritte Arbeiter erlitt nur leichte Verletzungen.

Ran genöls. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Gefängnisbau in Greifenberg. Der Polier Kiefewalter aus Schodsdorf baute mit vier Maurern ein Gerüst, von dem er sagte: „Das ist lange gut, das hält schon“. Als dann die vier Mann darauf weiter rüsten wollten, stürzte das Gerüst ein. Der Polier und ein Maurer konnten abspringen, drei Maurer wurden mit in die Tiefe gerissen und mußten in ihre Wohnung gebracht werden. Es ist unglücklich, mit welcher Leichtfertigkeit dieser Polier, der wegen einer ähnlichen Sache bereits früher im Gefängnis war, mit Menschenleben spielt.

Osternode a. S. In den Gipswerken Gebrüder Kobbewig war der Maurer Adolf Ohm mit Lorenzfahren beschäftigt. In den Geleisen befanden sich starke Kurven. Als Ohm in geschwinde Fahrt in eine Kurve fuhr, kippte der Wagen um und begrub ihn unter sich. Ohm war sofort tot.

Bauarbeiterschutzkonferenz für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt. Die Konferenz tagte am 17. Oktober in Magdeburg. Es waren 78 Delegierte aus 41 Orten, der Sekretär der Zentralfrankenkasse für Bauarbeiterschutz, Heintze-Hamburg, und mehrere Gäste anwesend. Ueber die Regelung des Bauarbeiterschutzes referierte Genosse Heintze. Seine Ausführungen kommen in folgenden einstimmig angenommenen Resolutionen zum Ausdruck:

I.

Die Delegierten der Bauarbeiterschutzkonferenz für den Bezirk der Magdeburgischen Bauergewerkschaftsgenossenschaft, versammelt in der „Neuen Welt“ in Magdeburg am 17. Oktober 1909, halten die neu herausgegebenen Unfallberichtigungsprotokolle in keiner Weise für genügend. Der sanitäre Arbeiterschutz findet überhaupt keine Anerkennung, die Ueberwachung der Bauten durch technische Beamte ist wenig bemerkt. Da die Zahl der Unfälle immer größer, die Nichtbefolgung der erlassenen Vorschriften immer krasser zutage tritt, müssen es die Versammelten ablehnen, in der Berufsgenossenschaft der geeigneten Vertreter des Arbeiterschutzes zu erwidern. Sie fordern vielmehr, daß das Staatsministerium den Bau-

Arbeiterchutz durch Verordnung wie folgt landesgesetzlich regelt:

1. Es sind Normalvorschriften zu erlassen, in denen der Schutz gegen Unfälle und sonstige sanitäre Vorschriften bei Baubetrieben enthalten sind.

2. Um die bestmögliche Befolgung der Vorschriften zu erreichen, sind die Bauarbeiter durch geeignete Anordnungen zu unterstützen, die die Befolgung der Vorschriften zu erleichtern.

3. Die bestmögliche Aufsicht über die Bauarbeiter ist wie folgt zu gestalten: Es werden Bauarbeiter mit den Befugnissen, die eine wirksame Tätigkeit für den Bauarbeiterchutz ermöglichen, angestellt.

4. Des Weiteren fordert die Konferenz, in den Lehrplan der Fortbildungsschule die Fächer Gewerbehygiene und Arbeiterchutz einzuführen.

II.

In Erwägung, daß die vom Bundesrat auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften für das Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tischler- und Weißbinderhandwerk nicht geeignet sind, die Gefahren der Verunreinigung zu beseitigen, die von dem Verband der Maler und Lackierer usw. im Jahre 1907 im allgemeinen und die für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Sachsen-Anhalt in diesem Jahre im besonderen festgestellten Beschlüssen durch die Gewerbeinspektionen und Polizeibehörden vollständig ungenügend sind und infolge der Verflechtung der vielen kleinen Betriebe nicht ausreichend durchgeführt werden können, fordert die am 17. Oktober 1909 in Magdeburg tagende Bauarbeiterchutz-Konferenz ein reichsgesetzliches Verbot aller bleibenden Farben zu erlassen und verlangt, daß die gewerbliche Verunreinigung der Betriebsumfassen gleichgestellt ist.

Kollege Julius Koch sprach über die Frage: „Wie fördern wir eine wirksame Agitation für den Bauarbeiterchutz?“ Redner sprach zunächst von den Gefahren, die durch einzelne Städte in Sachsen-Anhalt eine Verbindung mit dem Zentralrat herbeiführen würde, und monierte, daß in einer weiteren Anzahl von Orten die lokalen Arbeiterchutzkommissionen wieder eingegangen sind.

Die Grundzüge der Regierung von 1907 haben selbst bei der letzten Änderung wenig Beachtung gefunden. Leider sei zu beklagen, daß eine Umgestaltung der Bestimmungen sogar bei staatlichen resp. städtischen Bauten nachgekommen werden könne. Die Strafen, die eventuell für Verstöße gegen die Bestimmungen verhängt werden können, sind zu gering, da sie als Abschreckung nicht angesehen werden können.

Die am 17. Oktober 1909 in Magdeburg tagende Konferenz der Gewerbeinspektionen, der Bauarbeiterchutz-Konferenz und der Bauarbeiterchutz-Kommissionen beschließt:

1. die von der Zentralkommission angeordneten statistischen Aufnahmen in ihrem Bezirk korrekt durchgeführt werden;

2. die seitens der Ortspolizeibehörden erlassenen Bauarbeiterchutzbestimmungen beschafft und, falls dieselben Bestimmungen über Unterhaltungsarbeiten, Mauer-, Ge-

zäue usw. nicht enthalten, Maßnahmen ergriffen werden, die eine Umänderung der bezüglichen Bestimmungen in die Wege leiten;

3. auf jedem größeren Bauplatz seitens der dort beschäftigten Arbeiter Feststellungen über die Art und den Umfang der seitens der Aufsichtsbehörden vorgenommenen Baukontrollen gemacht werden;

4. die Organisationsleitungen ihre Mitglieder anhalten, die Kommission auf dem schnellsten Wege über etwaige Bauunfälle Bericht zu erstatten, um ihr so selbst die Möglichkeit zu bieten, sofort die Ursachen zu erforschen.

Zum Schluß machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die angenommenen Anträge und Resolutionen zu sehr viel Arbeit verpflichten, die aber geleistet werden müsse. Mit einem dreifachen Hauch auf die Arbeiterchutzbestimmungen wurde die Konferenz gegen 7 Uhr abends geschlossen.

Die Herbstzeit im Bauhandwerk beurteilt die

Arbeitsmarkt-Korrespondenz sehr günstig. Sie schreibt: Von der Witterung begünstigt, hat die Herbstzeit im Bauhandwerk sehr befriedigend angehebt. Die Sommer-ruhe, die infolge des andauernden schlechten Wetters intensiver als in vorigen Jahren war, ist in den meisten Gegenden vollständig überwunden. Würde nicht die erneute Versteigerung am 1. Oktober Anlass zur Zurückhaltung der Unternehmungslust geben, so würde sich die Herbstzeit noch stärker entwickeln können.

Die Lage des Bauhandwerks ist nicht zu übersehen, daß sie sich vorläufig noch im Stadium der Erholung befindet. Die Bautätigkeit ist zwar reger als 1908, doch bleibt sie hinter der der Jahre 1905 und 1906 an Lebhaftigkeit noch weit zurück. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich für die Bauarbeiter gegen das Vorjahr etwas gebessert, die Arbeitslosigkeit ist aber im Vergleich zu der der früheren Jahre noch empfindlich hoch.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre sind die Bauarbeiten in den meisten Gegenden Deutschlands durchwegs zurückgegangen. In der Provinz Schlesien ist die Lage in der Provinz Schlesien gestiegen. Die Lage des Arbeitsmarktes ist in Schlesien mit Ausnahme von allen Gegenden Deutschlands; das Angebot von Bauarbeitern geht im Durchschnitt nur ganz wenig über die Nachfrage hinaus.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre sind die Bauarbeiten in den meisten Gegenden Deutschlands durchwegs zurückgegangen. In der Provinz Schlesien ist die Lage in der Provinz Schlesien gestiegen. Die Lage des Arbeitsmarktes ist in Schlesien mit Ausnahme von allen Gegenden Deutschlands; das Angebot von Bauarbeitern geht im Durchschnitt nur ganz wenig über die Nachfrage hinaus.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre sind die Bauarbeiten in den meisten Gegenden Deutschlands durchwegs zurückgegangen. In der Provinz Schlesien ist die Lage in der Provinz Schlesien gestiegen. Die Lage des Arbeitsmarktes ist in Schlesien mit Ausnahme von allen Gegenden Deutschlands; das Angebot von Bauarbeitern geht im Durchschnitt nur ganz wenig über die Nachfrage hinaus.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre sind die Bauarbeiten in den meisten Gegenden Deutschlands durchwegs zurückgegangen. In der Provinz Schlesien ist die Lage in der Provinz Schlesien gestiegen. Die Lage des Arbeitsmarktes ist in Schlesien mit Ausnahme von allen Gegenden Deutschlands; das Angebot von Bauarbeitern geht im Durchschnitt nur ganz wenig über die Nachfrage hinaus.

Arbeitsmarkt-Korrespondenz sehr günstig. Sie schreibt: Von der Witterung begünstigt, hat die Herbstzeit im Bauhandwerk sehr befriedigend angehebt.

Die Lage des Bauhandwerks ist nicht zu übersehen, daß sie sich vorläufig noch im Stadium der Erholung befindet. Die Bautätigkeit ist zwar reger als 1908, doch bleibt sie hinter der der Jahre 1905 und 1906 an Lebhaftigkeit noch weit zurück.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich für die Bauarbeiter gegen das Vorjahr etwas gebessert, die Arbeitslosigkeit ist aber im Vergleich zu der der früheren Jahre noch empfindlich hoch.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre sind die Bauarbeiten in den meisten Gegenden Deutschlands durchwegs zurückgegangen. In der Provinz Schlesien ist die Lage in der Provinz Schlesien gestiegen.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre sind die Bauarbeiten in den meisten Gegenden Deutschlands durchwegs zurückgegangen. In der Provinz Schlesien ist die Lage in der Provinz Schlesien gestiegen.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre sind die Bauarbeiten in den meisten Gegenden Deutschlands durchwegs zurückgegangen. In der Provinz Schlesien ist die Lage in der Provinz Schlesien gestiegen.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre sind die Bauarbeiten in den meisten Gegenden Deutschlands durchwegs zurückgegangen. In der Provinz Schlesien ist die Lage in der Provinz Schlesien gestiegen.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre sind die Bauarbeiten in den meisten Gegenden Deutschlands durchwegs zurückgegangen. In der Provinz Schlesien ist die Lage in der Provinz Schlesien gestiegen.

Im Vergleich mit dem letzten Jahre sind die Bauarbeiten in den meisten Gegenden Deutschlands durchwegs zurückgegangen. In der Provinz Schlesien ist die Lage in der Provinz Schlesien gestiegen.

Soziales.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Vom badischen Ministerium des Innern ist eine Denkschrift über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgearbeitet worden. In erster Reihe wird das Center System obligatorischer Arbeitslosenversicherung mit der Ermunterung zur Selbsthilfe durch Anlehnung an Arbeiterverbände und Benützung dieser Verbände bei Mitkontrolle der Arbeitslosigkeit als das allen andern Systemen an Umfang und organisatorischer Durchführung überlegene empfohlen.

Unter Berücksichtigung der im Inland und im Ausland gemachten Erfahrungen hat das badische Ministerium für eine Inangriffnahme der Arbeitslosenversicherung durch die Kommunen Leitfäden aufgestellt:

- 1. Solange nicht von Reich wegen einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung stattfindet, kann nur durch größere Kommunalverbände auf diesem Gebiete Vor- sorge getroffen werden.
2. Es empfiehlt sich, die gemeindlichen Einrichtungen zunächst auf die in Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeiter zu beschränken und eine Ausdehnung des Personalnetzes erst allmählich stattfinden zu lassen.
3. Es erscheint geboten, die Versicherung so einzurichten, daß sie ebensowohl von nichtorganisierten wie von organisierten Arbeitern benutzt werden kann.
4. Da für organisierte Arbeiter das Center System für nichtorganisierte Arbeiter das Center System sich bewährt hat, so empfiehlt es sich, beide einander ergänzenden Systeme - Abweichungen vorbehalten - nebeneinander anzunehmen.
5. Es wird dahin zu wirken sein, daß nach dem in Belgien gegebenen Vorbild an die Einrichtung der Haupt- gemeinde eines Industriegebietes die umliegenden Arbeitergemeinden sich anschließen.
6. Die Gemeinden sollen zur Einrichtung obligatorischer Arbeitslosenversicherung auf Grund eines Orts- statuts befugt sein, wenn die nichtorganisierten Arbeiter nicht in nennenswerter Weise von der freiwilligen Ver- sicherung Gebrauch machen.
7. Die Arbeitslosenversicherung soll organisch an- schlossen mit den zu Arbeitsmarkt auszubildenden und mög- lichst den ganzen Arbeitsmarkt beherrschenden städtischen Arbeitsnachweisen unter einer Leitung verbunden werden. Weiter werden dann sehr spezialisierte Dienste für die praktische Inangriffnahme solcher kommunalen Maßnah- men zur Arbeitslosenversicherung gegeben.

Gewerkschaftliches.

Verkehrsmittelbeschränkungen im Transport- handwerk. Ein Werk, das vor kurzem vom Scheitern ver- beurteilt zu sein schien, nämlich die Vereinigung der drei großen Transportarbeiterverbände - der Seelente, Sagen- arbeiter und Transportarbeiter - zu einer einheitlichen Or- ganisation, hat jetzt eine starke Förderung erfahren. In Hamburg hat eine Konferenz der drei Zentralverbände ge- stattet, um die dem entgegenstehenden Interessen hindern- den Differenzen zu beseitigen. Diese Bemühungen waren erfreulicherweise von Erfolg gekrönt, indem man

die von einer früheren Konferenz herrührenden Streitpunkte beseitigt und vereinbart, Anfang Dezember weiter über die angestrebte Verschmelzung zu verhandeln.

Polizei und Gerichte.

* Die freien Gewerkschaften und die Polizei in Sterkrade. „Helf, was helfen mag!“ war das Motto der Sterkrader „Gehobenen“ gegen die „roten Brüder“, da fand sie dem Vorsitzenden der Zählstelle der Maurer eine Rechnung im Betrage von 40 J. Mit diesem Geld sollte angeblich der Mann entlohnt werden, der im Auftrage der Polizeibehörde Versammlungsanzeigen, durch die zu einer öffentlichen Mauererversammlung eingeladen war, abgereißt hatte. Da der Vorsitzende der Zählstelle ein Gemütskranke ist, gabte er die 40 J., damit der Plakatbrecher sich bei der nicht gerade angenehmen Arbeit wenigstens etwas stärken könne. Bekanntlich kommt der Appetit beim Essen. So erging es auch unserer „Wohltätigen“. Sie sandte dem Vorsitzenden der Maurer, nachdem sie mit den 40 J. „Glück“ gehabt hatte, nunmehr ein Strafmandat von 1/3 für das Ankleben der Versammlungsanzeige. Jetzt ging unsern Gemütskranke aber die Geduld aus. Er beantragte gerichtliche Entscheidung. Als die Polizei dahinter kam, zog sie schleunigst den Strafbefehl zurück. Die verwegenen Maurer von Sterkrade wollten nun sogar eines Sonntags ein geschlossenes Stillschließfest feiern und teilten dies der „Wohltätigen“ in aller Ehrfurcht mit, damit sie die fällige Steuer in Empfang nehmen könnten. Darauf verbot die Polizei die Abhaltung der Veranstaltung, obgleich sie gar nicht um Erlaubnis gefragt worden war und auch zu einem Verbot keine Berechtigung hatte. Eine Weisung an den Herrn Landrat in Dinslaken war ohne Erfolg, weil der Herr der Einfachheit halber die geplante Veranstaltung als „öffentliche Lustbarkeit“ betrachtete. Merkwürdigerweise lehrten sich die Maurer nicht an die landrätliche Auslegung, sondern hielten wohlgemäß ihr Fest ab, ja, vermehren sich sogar, einem Polizeibeamten, der in das Lokal eindringen wollte, recht deutlich klarzulegen, daß er nicht gerufen sei. Der Vorfall halber wurde auch noch eine Besondere über die landrätliche Entscheidung an den Regierungspräsidenten abgesandt. Darauf erging folgende Entscheidung:

Auf die Beschwerde vom 8. Juli d. J. gegen den Bescheid des Herrn Landrats in Dinslaken vom 26. Juni werde ich Entscheidung treffen, sobald das gegen Sie schwebende gerichtliche Verfahren wegen Veranstaltung einer öffentlichen Langlustbarkeit ohne Erlaubnis beendet ist.

Die Sterkrader Polizei hatte unsern Kollegen und dem Festwirt Strafmandatchen von je nur 1/30 aufgestellt, gegen die gerichtliche Entscheidung beantragt wurde. Das Gericht kam zur Freisprechung der „Sünder“ mit folgender Begründung:

Am 27. Juni d. J. veranstaltete die Zählstelle Sterkrade des Zentralkomitees der Maurer Deutschlands im Lokale des Herrn Wisting zu Sterkrade eine Festlichkeit, wozu etwa 50 Personen erschienen waren, und wobei drei Musiker spielten und auch getanzt wurde. Daß Nichtmitglieder Zutritt erhalten haben, ist durch die Beweisaufnahme nichtargetan. Es konnte somit nicht erwiesen werden, daß die Langlustbarkeit als eine öffentliche, wozu eine polizeiliche Erlaubnis erforderlich gewesen wäre, statgefunden hat. Die Angeklagten waren daher kostenlos freizusprechen.

Als gute Patrioten tut uns die Vlamage der Polizei herzlich leid. Wie wir hören, will nun auch noch der gemüthliche Kollege seine 40 J. zurückerlangen. Hoffentlich fällt nun wenigstens die Entscheidung des Herrn Regierungspräsidenten für die „Gehobenen“ etwas günstlicher aus.

* Streikjustiz. Vom Dortmund Schöffengericht ist der Lokalbeamte des dortigen Zweigvereins, Kollege Rud. Nicolaus, zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Drei Kämmer, frühere Verbandsmitglieder, hatten bei der gesperrten Firma Kubbe als Streikbrecher gearbeitet. Als Nicolaus sie zur Rede stellte, schrien sie von Bedrohung, und die Folge war ein Strafprozeß, der sich auch gegen den Kollegen Bahle richtete, welcher bei der Sperrre Posten gestanden hatte. Die drei Streikbrecher heißen Taddei, Kraus und Goppe. Der letztere schuldet dem Verband sogar noch 1/30, woraus man sehen kann, mit welchen Ehrenmännern man es hier zu tun hat. In der Verhandlung traten sie sehr selbstbewußt auf und betonten mit widerlicher Aufdringlichkeit, daß sie jetzt unorganisiert wären. Die Verhandlung endete mit dem Freispruch des Kollegen Bahle und der Verurteilung des Kollegen Nicolaus zu der oben mitgeteilten Gefängnisstrafe. Es ist Werbung eingelegt worden.

Eingegangene Schriften.

„Die neue Zeit“, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 4 des 28. Jahrgangs. Preis 25 A.
„Die Konjunktur.“ Monatschrift für Wirtschaftskunde und Wirtschaftspolitik, herausgegeben von Richard Galver (Verlag für Sprach- und Handelswissenschaft, E. Simon, Berlin W. 30. Preis pro Quartal 1/6). Diese neue Monatschrift, die Mitte eines jeden Monats erscheint, hat sich zur Aufgabe gesetzt, die systematische und periodische Wirtschaftskunde zu pflegen, fortlaufend Auskunft auf die Frage zu geben, wie ist die augenblickliche Konjunktur. Im Oktoberheft der Monatschrift wird nach einem einführenden Aufsatz über Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskunde unter anderem das Thema der amerikanischen Handelspolitik vom Standpunkte der mitteleuropäischen Länder aus sowie die Zukunft der Elektrizitätsindustrie behandelt. In gekürzten Abschnitten werden die wichtigen Vorkommnisse auf dem Gebiete der Warenherstellung, des Arbeitsmarktes, des Geldmarktes, des Warenmarktes und der Warenver-

teilung sowie des Konsums besprochen und gewürdigt. Zusammenfassend wird in dem Abschnitt „Zur Lage“ das Fazit der Diagnose gezogen und die nächsten Aussichten der wirtschaftlichen Lage angedeutet. Besprechungen der einschlägigen Buch- und periodischen Literatur, sowie eine sehr eingehende Rückschau bilden den Schluß des textlichen Teils. Für die Funktionäre unseres Verbandes wird es sich empfehlen, die „Konjunktur“ zu abonnieren.

Arbeiter-Gesundheitskalender für das Jahr 1910. Süddeutsche Volksbuchhandlung, G. m. b. H., München, Sendlingerstr. 20. Preis 50 A.

Arbeiter-Notiz-Kalender. Dieser allgemein beliebte Taschenkalender für das Jahr 1910 ist zur Ausgabe gelangt. Jahr für Jahr erwirbt sich der Arbeiter-Notizkalender neue Freunde, was bei der Reichhaltigkeit des Inhalts auch nur selbstverständlich erscheint. Der Preis des Kalenders ist auf 50 A herabgesetzt, womit der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, einem oft geäußerten Wunsch der Genossen entspricht. Zu beziehen durch alle Kolporture, Zeitungsdepotiere und Parteibuchhandlungen.

„Die Gleichheit“. Nummer 2 des 20. Jahrgangs. Preis 10 A.

„Zu freien Stunden.“ Die Hefte 42 und 43 bringen die Fortsetzung des Romans Stefan vom Grillhof von Wilmu Krauß. Aber „Zu freien Stunden“ kennen lernen will, verlange Gratisausendung einer Probekopie vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

„Der Wahre Jakob“. Nummer 22 des 26. Jahrgangs. Preis 10 A.

Briefkasten.

Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir nicht, ebenso erteilen wir keine öffentliche Auskunft, auch nicht, wenn Mißporto beilegt ist.

S. S. in Uffa. Deine Anfrage ist insofern nicht klar, als nicht mit Sicherheit zu sehen ist, ob Du in einem Militärsverhältnis stehst oder nicht. „Ich kam frei“, das sagt man auch, wenn man zur Erjagereiszeit gestellt wird. Es ist aber ein großer Unterschied, ob man Erjagereiszeit oder für dauernd untauglich befunden ist. In letztem Falle hat man mit der Militärbehörde gar nichts zu tun, man unterzieht ihrer Kommandogewalt in keiner Weise. In solchem Falle könnte man auch eine Aufforderung, sich in ärztliche Behandlung zu begeben, unbeachtet lassen. Anders als Erjagereiszeit oder ähnliches. Da muß man der Aufforderung folgen. Jedoch kann man verlangen, daß die Behandlung kostenfrei ist; auch die Krankenkasse wird die Kosten dafür nicht zu zahlen brauchen. Hat man Dich aufgefordert, und bist Du als Erjagereiszeit der Militärbehörde unterstellt, so mußt Du dem nachkommen, doch mußt Du gleich von vornherein erklären, daß Du die Kosten der Behandlung nicht tragen willst.

D. S. in Effen. Nachdem das Einigungsamt über die Beschwerde des Plattenhändlers zur Tagesordnung übergegangen ist, unres. Erachtens ein impatienter Nachweis im „Grundstein“, daß der Mann gelogen hat, nicht mehr erforderlich. Der knappe Raum des Blattes wird doch zu nützlicheren Dingen gebraucht.

Wittenberge. Berichte müssen mit Tinte geschrieben sein. Den von dort eingegangenen können wir nicht redigieren. Von der Berammlung haben wir im Berammlungsanzeiger Notiz genommen.

D. S., Berlin. Ueber solche Referate lange Berichte im „Grundstein“ zu bringen, ist Raumangabe wegen nicht möglich. Wir haben dies hier auch schon öfter betont.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zählstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 16 A.)
Berlin. (Sektion der Gips- und Zementbranche). Am 21. Oktober starb nach langer Krankheit der Habsburger August Pohl im Alter von 46 Jahren an Grippeinfekt.
Vielesfeld. Am 15. Oktober starb nach kurzem, schwerem Leiden unser treuer Kollege Albert Thessen im Alter von 84 Jahren an Rippenfellentzündung.
Dresden. Am 23. Oktober starb unser Verbandsmitglied Jul. Tränkner im Alter von 56 Jahren an Schlaganfall.
Wagdeburg. Oben steht. Am 22. Oktober starb unser stolzer Gust. Ebeling im Alter von 61 Jahren infolge Brustquetschung durch Lieberfahren.
Münster. Fürth. Am 18. Oktober starb der Kollege Thomas Reuter im Alter von 43 Jahren an der Prostatierkrankheit.
Reinberg. Im Alter von 89 Jahren wurde unser treuer Verbandskollege Emil König beim Brunnenbau erschlagen, so daß der Tod sofort eintrat.
Saarbrücken. Zählstelle Spidern. Am 16. Oktober starb unser treuer Verbandsmitglied Bartolomäus Knoll im Alter von 81 Jahren an Lungenerkrankung.
Zeuzenroba. Am 17. Oktober starb unser treuer Verbandskollege Friedrich Gebhardt aus Böhmersdorf im Alter von 55 Jahren an Magen- und Leberleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Duisburg und Umgegend.

Nachdem die Zusammenlegung der beiden Zweigvereine Duisburg und Ruhrort glücklich erfolgt ist, befindet sich das Zweigvereinsbureau in

Duisburg, Ruhrorterstr. 113, part. Die Zweigvereinsleitung: S. A.: Karl Müller, Heinz Behrend.

Emil Schröder, geboren am 25. Mai 1880 zu Eingegeten am 24. Juni 1904 zu Bielefeld wird gefucht. Wer seine Adresse angeben kann, wolle sie sofort an Max Seydewitz, Sagen i. Westf., Weßringhauserstr. 89, gelangen lassen. [M. 180]

Age Hansen, Verb.-Nr. 203 882, geb. 21. Juli 1888 zu Apenrade, im Norden, kam wegen Empfangnahme von Geld seine Adresse an den Zweigverein Apenrade senden. [M. 120]

Albert Janns wird ersucht, sich auf dem Bureau des Zweigvereins Hamburg zu melden. Der Vorstand.

Julius Gronwald aus Belgard i. Pommern, Verb.-Nr. 55 683, wird gefucht. Seine Adresse ist an Albert Henschke, Vorsitzender des Zweigvereins Schönlanke a. d. Ostb., zu senden. [120]

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorhänger, K Kasserer, L Verehrer, H Herberge, RZ Reihenführung wird ausgeübt durch)

Dortmund. Zählstelle Waltrup. V Wilhelm Müller, 5. Sonber, Kolonie Waltrup, Poststr. 8 b.
Eilenburg. V Emil Wähler, Poststr. 8. 1. St. K u. RZ Gustav Döring, Berg b. Eilenb., Burgstr. 2c. 1. St. H Gewerkschaftsbüro „Erdolt“, Berg p. Eilenburg, Galkischestraße.
Heide. K wohnt vom 1. November an: Feldstr. 64, zweite Etz.
Schivelbein. V H. Minnow, Jägerstr. 8. K und RZ Carl Zetting, Friedr. str. 16.
Schm3lin. V Richard Jakob, Wilhelmstr. 25. K und RZ Armin Wibel, Feldstr. 10.
Wittenberge. RZ in der Herberge, bei Traugott Schulze, Gaussestr. 6.
Zeuzenroba i. Th. V Otto Hessel, Obere Neustadt 28.

Verammlungen = Anzeiger.

Verbandsverammlungen der Maurer. Sonntag, den 31. Oktober.
Altenburg. Nachm. 3 Uhr im „Wider“. Sehr wichtige Tagesordnung! (Häselhelle-Frenshof). Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Bamberg. Zählstelle.
Dreetz. Nachm. 3 Uhr bei Widdert. Wichtige Tagesordnung.
Hersbruck. Am. 9 Uhr im „Hirschen“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Lychen. Nachm. 3 Uhr bei G. Wolf. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Pasewalk. Nachm. 3 Uhr im neuen Vereinslokal, Schloßberg-Restaurant, Schloßstraße.
Schkeuditz. Nachm. 3 Uhr bei Schmittler.
Veltzen. Im Vereinslokal bei August Baris. Referent anwesend.

Dienstag, den 2. November.

Bitterfeld. L.-D.: Bahnfrage. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Helde.
Liegnitz. Abends 6 Uhr. Wichtige Tagesordnung.
Schmölln. Nachm. 6 Uhr im „Lindenthal“. L.-D.: Die Verschmelzungsfrage. Referent: G. Jakob, Leipzig.
Wittenberge. Abends 7 Uhr in der „Zentralhalle“.

Donnerstag, den 4. November.

Glogau. Nachm. 5 1/2 Uhr im „Rathhaus“. Referent: Kollege S. Waude. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Königshütte. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftslokal, Ringstr. 3. L.-D.: Kurze Referate. Rechnungslegung vom dritten Quartal. Uhr Bahnfortsetzung für 1910. Referent: Kollege S. Waude. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 6. November.

Brleg. Abends 6 Uhr bei Hoffmann, Fischerstraße. L.-D.: Quartalsabrechnung. Abrechnung vom dritten Quartal. Persönliche Angelegenheiten. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Kahla. Abends 7 Uhr im „Rathaus“. L.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal. Vorstandswahl und Verschließenes.

Samstag, den 7. November.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei Schumann, Schloßstraße. L.-D.: Bericht über die Abrechnung vom dritten Quartal. Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl. Referent aus Berlin anwesend.
Rhinlitz. Bei Potenberg. L.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal.
Schivelbein. Nachm. 3 Uhr. L.-D.: Unser nächsten Aufgaben. Referent: Carl Zetting.
Wriezen. Nachm. 3 Uhr im „Schloßhaus“. Referent ist anwesend.

Montag, den 8. November.

Celle. Bei S. Anoop. L.-D.: Abrechnung; Delegiertenwahl. Verschließenes.
Werder a. d. Havel. Nachm. 3 1/2 Uhr bei Koch.

Zentralratentasse der Maurer usw.

Sonntag, den 7. November.
Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im Rathhaus, Rosenstr. 3. L.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal. Rassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.
Frankfurt a. d. O. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung sehr wichtig.
Saarmund. Nachm. 6 Uhr. L.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal. Rassenangelegenheiten.